

Die Rote Brücke

ZEITUNG DER SPD FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG



Es ist reine Ideologie Aber welche?

Der Gott des Wettbewerbs – Ein Kommentar von Erhard Epler

Jetzt haben wir die Bescherung. Der Mindestlohn für Briefträger kostet Arbeitsplätze! Er verhindert den Wettbewerb! Er führt zu Entlassungen! Wir haben es doch immer gesagt: Weg damit! So tönt es aus allen Ecken, in denen sich Marktradikale verschanzt haben.

Es ist eine Ideologie, die den Wettbewerb aus einem von mehreren Instrumenten der Wirtschaftspolitik zum Maßstab, ja zum Ziel wirtschaftlichen Handelns macht.

Vorsorglich hatte schon die Post angekündigt, sie müsse zehntausende von Arbeitsplätzen streichen, falls die Konkurrenz Erfolg habe. Das leuchtet sogar ein. Mit dem Ende des Briefmonopols nimmt ja die Zahl der Briefe nicht zu. Wer täglich seine Faxe und E-Mails absendet und erhält, kann sich auch schwer vorstellen, dass es in den nächsten Jahren mehr Briefe geben

wird. Es beschäftigen sich nur sehr viel mehr Menschen mit deren Sortierung und Zustellung. Und die wollen alle von ihrer Arbeit leben. Das Briefporto, so die Theorie, soll durch den Wettbewerb nicht erhöht, sondern gesenkt werden. Aber wie? Indem die Springer-PIN-Group Hungerlöhne zahlt und die Post dann ihre ordentlich bezahlten Angestellten entlässt? Wettbewerb durch Lohnspirale nach unten?

Ein Wettbewerb, der nur durch Hungerlöhne möglich wird, passt nicht in die soziale Marktwirtschaft.

Es wird Zeit, über Wert und Funktion des Wettbewerbs nachzudenken. Sicher ist es vorteilhaft, wenn es in einer Kleinstadt mehr als einen Elektrohändler, mehr als einen Schreiner und ein halbes Dutzend Bäcker gibt, die miteinander konkurrieren. Sie strengen sich mehr an, es fällt ihnen mehr Neues ein, sie können die Preise nicht

nach Belieben erhöhen. Das alles gilt sogar für Bauunternehmer oder Stromversorger. Aber wie ist das bei der Post? Waren unsere Vorfahren bescheuert, als sie überall in Europa ein Postmonopol zuließen oder einführen? Worin liegt der Vorteil, wenn künftig nicht mehr eine Briefträgerin durch die Straßen eilt, sondern drei oder vier Frauen, vielleicht sogar in leichtem Trab, damit sie nicht entlassen werden? Wenn in den Vorstädten nicht ein Postauto am Tag die Luft mit Kohlendioxid anreichert, sondern vier Wagen? Werden die Privaten rationaler arbeiten als die Post? Die Post hat schon, und zwar mit hohen Investitionen, rationalisiert, was sich rationalisieren ließ. Solche Investitionen rentieren sich um so mehr, je mehr Briefe zu befördern sind. Da können die Neuen nicht mithalten. Wollen sie von dem Vorteil leben, dass sie Briefe nach Frankfurt ausliefern, für Hintertupfingen, Kreis Hinterwalden, aber nicht?

— Seite 02



Vermisst: das Recht auf individuelle Freiheit

Zur Einweihungsfeier für meine neue Wohnung schenkte mir eine jüdische Freundin ein Buch über die europäische Kunstentwicklung und ein Kinderbuch über die Entwicklung der Fortbewegungstechnik. Sie begründete dieses Geschenk damit, dass wir jetzt schon jahrelang befreundet seien und sie seit Neuestem festgestellt habe, ich gehöre ja gar nicht dazu. Ich sei schließlich ein »Migrant«, was sie seit Jahren irgendwie nicht wahrgenommen habe. Sie betrachte es jetzt als ihre Aufgabe, mich einzuführen in die abendländische Kultur. Es war ironisch gemeint, bringt aber ein grundsätzliches Problem an die Oberfläche. Ich soll nicht dazugehören zu dieser Gesellschaft. Es gibt jetzt die sprachlich-politische Chance, mich korrekt auszugrenzen, aber ohne den Wunsch zu diskriminieren.

Selbstverständlich meint man es nicht diskriminierend, man sagt jetzt nicht mehr Asylant, Gastarbeiter, Fremdarbeiter, nein, schlicht und einfach »Migrant«. Es sagt aber immer das Gleiche: Du bist anders, du bist darauf reduziert, woher deine Eltern eventuell mal zugewandert sind. In meinem Fall ist das die Türkei. Wieso will man mich zwingen, unbedingt einer definierten Gruppe zugehörig zu sein? Ich bin in zwei Sprachen, in zwei Kulturen erwachsen geworden, ich liebe die türkische Sprache und finde es schade, wenn ich all das, was ich zu sagen habe, nicht immer in der deutschen Sprache sagen kann. Das betrifft ganz besonders den Bereich der Romantik. Eine Liebeserklärung im Deutschen ist immer etwas eckig, im Türkischen jedoch kann die Sprache mein Gefühl optimal verständlich machen. Manchmal sind es auch die kleinen sprachlichen Feinheiten, die ich noch lernen muss.

Beim Kochen und Aufräumen in meiner Wohnung fragte mich meine 5-jährige Tochter, was ich tun würde. Ich sagte ihr, dass ich nur noch DIE Wohnzimmer aufräumen muss. Meine kleine Tochter sagte: »Papa, das heißt nicht DIE Wohnzimmer.« »Warum?«, fragte ich sie. »Papa, sieh mal, wenn wir viele Wohnzimmer hätten, dann würdest du DIE Wohnzimmer sagen, wir haben aber nur ein Wohnzimmer und deswegen sagst du DAS Wohnzimmer«, so meine Tochter Helena. Ich spreche drei Sprachen, in zweien bin ich zu Hause. Ich kenne die Kulturen und bin glücklich darüber. Ich bin ein Mann, ein Schriftsetzer, habe eine eigene Agentur, beschäftige Menschen und ernähre damit ihre Familien. Wenn man es genau wissen will: Ich bin ein mittelständischer Unternehmer, ich führe ein Unternehmen. Ich bin mit Sicherheit ein Einwandererkind oder auch ein Kind aus einer Zuwanderergeneration. Vielleicht auch einfach nur ein Nachbar, ein Freund und manchmal auch ein Arsch, aber vor allem ein individueller, freiheitsliebender Mensch.

Ich will nicht darauf angesprochen werden, warum ich z. B. so gut Deutsch sprechen kann. Ich will darauf angesprochen werden, was ich von der zunehmenden Einschränkung der Freiheitsrechte in diesem Land halte. Ich will darauf angesprochen werden, warum ich mein Kind nicht in eine verwehrte staatliche Kreuzberger Schule einschulen möchte. Ich will dafür kämpfen, dass die Jugend, dass die Kinder endlich mal gleiche Chancen in der Bildung erhalten. Es kann keine Chancengleichheit geben, solange die Zugangsvoraussetzungen für die Schuleintrittsphase unter allen Kindern ungleich sind. Ich will darüber reden, dass wir in Teilen unserer Gesellschaft einen Nationalismus haben, der in erschreckendem Ausmaß chauvinistisch ist. »Wir Türken müssen zusammenhalten« beinhaltet den gleichen Nationalismus wie der Satz: »Wir Deutschen müssen zusammenhalten«. Die eine Ursache ist völkischer Natur, die andere osmanischer Natur. Es fehlt bei beiden das Komma, also die Abgrenzung. Dahinter steht unausgesprochen, gegen wen man zusammenhalten muss. Und eigentlich steht die Grundaussage davor: Ich bin stolz darauf, Türke, Deutscher, Slowene, Italiener, Franzose, Chinese oder was auch immer zu sein.

Bisher hat mir weder ein Religionsgelehrter noch ein Biologe oder auch ein Staatsrechtler erklären können, was der einzelne Erdenbürger aktiv dazu beigetragen hat, dass er innerhalb eines Stammes, eines Kontinents, eines Landes, einer Religionsgemeinschaft geboren wurde. Worauf bitte stolz sein? Auf eine Leistung, zu der ich nichts beigetragen habe? Nein, so viel Dummheit kann man von mir nun doch nicht erwarten. Anscheinend brauchen wir alle etwas mehr Aufklärung und mehr Vernunft, damit sich unsere Gesellschaft in eine Gesellschaft der Möglichkeiten, der Veränderungen, der Neugierde, der Friedfertigen etc. für alle hier Lebenden verändert. Ich will dabei die Realität zu Hilfe nehmen, damit die für dieses Land fast schon existentielle Notwendigkeit zur Veränderung deutlich wird: In Deutschland leben inzwischen über 15 Millionen zugewanderte Menschen, davon haben an die 8 Millionen die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. 62 Prozent der Zugewanderten kommen aus Europa. Und das Interessanteste zuletzt: In Deutschland hat jedes dritte Kind unter fünf Jahren einen kulturellen bzw. familiären Einwandererhintergrund. Jetzt sollten mal alle »Migranten« und »Nicht-Migranten« den Taschenrechner rausholen und eine Hochrechnung für 2025 machen.

Es wird Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir es politisch endlich schaffen, die Rahmenbedingungen so zu verändern, damit Kinder entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert werden. Die Klassifizierung in Mädchen, Jungen, Jugendliche, Frauen und Männer kann dabei hilfreich sein, die Einteilung in Migranten (Franzosen, Kongolesen, Türken, Griechen, Armenier, Amerikaner etc.) hilft nur sehr eingeschränkt weiter. Politiker – egal, welche Farbe die Fahnen haben, die sie schwenken, welche Buchstaben diese Fahnen auch tragen, egal, welchem Interessenverband sie vorstehen –, sie formulieren immer nur Lippenbekenntnisse und handeln im Interesse ihres eigenen Machterhalts und das konsequent seit 25 Jahren. Ja, so etwas kann durchaus gesagt werden, wenn man sich als »Migrant« die angebotene Jacke nicht anzieht. Willkommen in der Freiheit der Individualisten. *Chapeau*

Soner Ipekcioglu



Brauchen wir die totale Sicherheit oder sind wir stark genug, um der Freiheit willen Risiken zu ertragen?
von Harald Georgii

Seite 02



Programm Soziale Stadt vor der Bewährungsprobe
von Volker Härtig

Seite 06

Schluss mit Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück!

Großer Zuspruch für das Volksbegehren

von Gerlinde Schermer

Der Berliner Wassertisch als Träger des Volksbegehrens »Schluss mit Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück« sieht sich durch die wachsende Zustimmung in der Bevölkerung bestätigt und verlängert die Sammelfrist bis zum 31. Januar 2008.

Am 4. Dezember 2007 waren bereits 19.128 unterschriebene Bögen eingegangen. Auf dem letzten Landesparteitag der SPD Berlin leisteten 65 Delegierte ihre Unterschrift und auch der Kreisvorstand der SPD Friedrichshain-Kreuzberg unterstützt das Anliegen.

Viele Berliner wissen nichts von den Geheimverträgen zwischen dem Berliner Senat und den Konzernen.

»Immer mehr Menschen beteiligen sich und sammeln für unseren Gesetzesentwurf entweder im unmittelbaren persönlichen Umfeld oder aktiv in der Öffentlichkeit«, so Thomas Rudek, einer der Initiatoren des Volksbegehrens.

Die Sammler erleben immer wieder, dass viele Berliner nichts von den Geheimverträgen zwischen dem Berliner Senat und den Konzernen RWE und Veolia wissen. Die Bürger zeigen sich entsetzt, was da von der Politik veranstaltet wurde. Im bundesdeutschen Städtevergleich zahlen wir in Berlin den höchsten Wasserpreis.

Die nächste Preiserhöhung für 2008 ist bereits angekündigt. Gründe für Preiserhöhungen in der Vergangenheit und in der Zukunft liegen im geheimen Konsortialvertrag zwischen dem Land Berlin und den privaten Konzernen.

Erst wenn die Wasserpreise so hoch angestiegen sind, dass der garantierte Gewinn für RWE/Veolia aus den Zahlungen der Berliner Bürger »erwirtschaftet« wird, hört diese Abzocke auf.

Die Vereinbarung garantiert den Anteilseignern der Wasserbetriebe auf 28 Jahre eine Rendite auf eine wachsende Bemessungsgrundlage (das betriebsnotwendige Kapital des Betriebes).

Wurde der den »Investoren« garantierte Gewinn über steigende Wasserpreise, sinkende Personalausgaben im Betrieb oder Einsparungen bei der Instandhaltung des Rohrnetzes nicht erwirtschaftet, zahlte der Senat bisher die »Garantie«-Rendite

an RWE/Veolia per Verzicht auf einen Teil seines eigenen Gewinnanspruchs. Das nennt man im Amtsdeutsch »disproportionale Gewinnverteilung«.

Erst wenn die Wasserpreise so hoch angestiegen sind, dass der garantierte Gewinn für RWE/Veolia aus den Zahlungen der Berliner Bürger »erwirtschaftet« wird, hört diese Art der doppelten Abzocke auf.

— Seite 02



Wenn die offene Gesellschaft das Selbstvertrauen verliert ...

Wir dürfen in unserem Bemühen um Sicherheit unsere Freiheit nicht aufgeben!

von Harald Georgii

Seit dem 11. September 2001 haben sich weltweit, aber auch in Deutschland die Gewichte verschoben: Der Konflikt zwischen Freiheit und Sicherheit wird zunehmend zulasten der Grundrechte aufgelöst. War früher die Polizei dafür da, Straftaten, die begangen wurden, aufzuklären und den Täter zu überführen, gehen deutsche Ermittler immer mehr dazu über, gegen alle und jedermann zu ermitteln und Daten bereits zu sammeln, bevor zu einer Tat überhaupt angesetzt worden ist. Jüngstes Beispiel: das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung.

• Unter dem Titel »Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG« hat der Deutsche Bundestag am 9. November 2007 unter anderem beschlossen, dass Anbieter von Telekommunikationsdiensten zukünftig die »Verkehrsdaten« ihrer Kunden mindestens sechs Monate speichern müssen

• und diese Telekommunikationsdaten auch für die Abwehr erheblicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit, die Verfolgung von mittlerer und einfacher Kriminalität sowie für die Erfüllung der Aufgaben der Nachrichtendienste verwendet werden dürfen.

Der Bundesrat hat keinen Einspruch eingelegt. Das Gesetz kann in Kraft treten.

Hochsensible Daten

Was ändert sich? Künftig können Strafverfolger und Nachrichtendienste (BfV und BND) die Verbindungsdaten von Telefon und Internet von fast allen Bürgern ein halbes Jahr lang zurückverfolgen. Festgehalten wird, wer mit wem zu welcher Zeit und wie lange telefoniert und wer von wem eine E-Mail bekommt. Wer mit dem Mobiltelefon unterwegs ist, verrät, wo er sich aufhält, und hinterlässt zudem seine Reiseroute.

Festgehalten wird, wer mit wem zu welcher Zeit und wie lange telefoniert und wer von wem eine E-Mail bekommt.

Datenschutzexperten wissen: Dies sind hochsensible Daten. Sie liefern Bewegungsprofile, Anhaltspunkte über soziale Strukturen und Netzwerke von Personen und lassen Rückschlüsse über die Rolle des Einzelnen innerhalb einer Gruppe oder in der Gesellschaft zu. Sie können Hinweise geben auf den Gesundheitszustand des Betroffenen oder auf seine politische oder religiöse Zugehörigkeit. Mit der Vorratsdatenspeicherung hat die Polizei nicht nur alle Telekommunikationsdaten. Es lässt sich auch herausfinden, wer wo und wann im Internet surft und wofür er sich interessiert – und sich möglicherweise durch Peinlichkeiten unter Druck setzen lässt.

Mentaler Klimawandel

Langsam wird alles auf den Kopf gestellt. Unsere Strafprozessordnung nennt in Paragraph 152 Absatz 2 ein grundlegendes Prinzip. Danach beginnen die Behörden mit ihren Ermittlungen, wenn »zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen«, dass eine Straftat begangen worden ist – auch »Anfangsverdacht« genannt. Das bedeutet, die Polizei beginnt erst dann über Personen Informationen zu sammeln, wenn sie dazu einen konkreten Anlass hat. Sobald also etwas passiert, wird ermittelt und eingegriffen. Dahinter steckt die Idee, dass grundsätzlich jeder in Ruhe gelassen wird, es sei denn, es gibt einen konkreten Anlass, etwas zu tun. Das scheint alles wie Schnee von gestern. Der neu verfolgte Ansatz heißt: Jeder ist interessant – vielleicht sogar kriminell, mindestens aber potentiell gefährlich und wer weiß, was noch alles passiert. Überwachen und sammeln frei nach dem Motto: Für irgendwas wird's schon gut sein. Ein Paradigmenwechsel weg vom gezielten

Eingriff, hin zu einer anlasslosen Erfassung. Datenschutz wird behandelt wie ein altes Möbelstück aus schönen Zeiten.

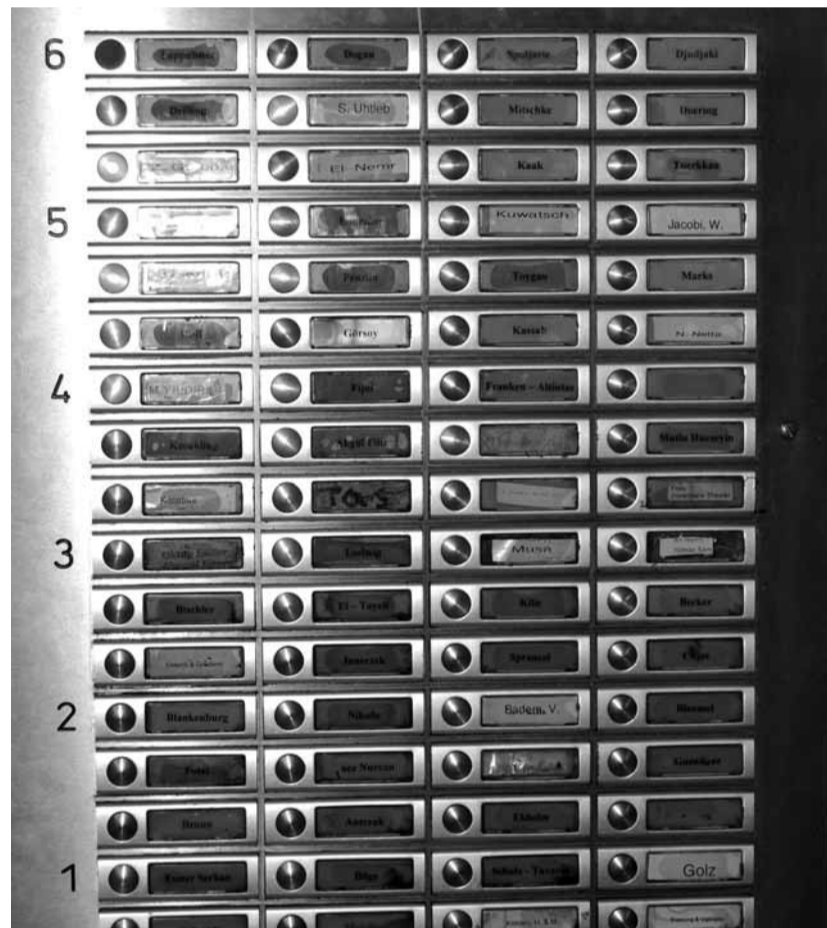
Manch Staatsrechtslehrer versteigt sich zu der These, das Grundgesetz sei eine Schönwetterveranstaltung, eine »Verfassung ohne Ernstfall«.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Wir benötigen effektive Strafverfolgung. Wir wollen vor Gefahren geschützt sein. In einer freien Gesellschaft wird das Gewaltmonopol des Staates mit dem Versprechen erkaufte, durch Justiz und Polizei Sicherheit vor Kriminalität zu bieten. Und für jede der aufgezählten Maßnahmen werden sich Beispiele finden lassen, um ihre Notwendigkeit nachzuweisen.

kann kommen mit einer falsch gewählten Telefonnummer, der zufällig erwischten Internetseite oder der gestohlenen und vom Dieb benutzten Kreditkarte.

Für eine freie Gesellschaft mit Selbstvertrauen

Die Protagonisten des neuen Ansatzes proklamieren ein »Grundrecht auf Sicherheit«. Freiheit könne es nur in Sicherheit geben und nur so weit, wie diese zu gewährleisten es erlaube. Manch Staatsrechtslehrer versteigt sich zu der These, das Grundgesetz sei eine Schönwetterveranstaltung, eine »Verfassung ohne Ernstfall«. Im Fall des Frankfurter Polizeipräsidenten Daschner sollte plötzlich der Einsatz von Folter gerechtfertigt werden, um ein verschwundenes Kind zu finden. Moralisch vielleicht billigenwert, rechtlich



Doch langsam ändert sich das Klima in unserem Lande – und mit ihm unser Verhalten. Wenn wir wissen, welche Daten über jeden von uns verfügbar und abrufbar sind, verändern wir uns. Wir überlegen, mit wem wir telefonieren, worüber wir uns im Internet schlau machen, wohin wir mit dem Auto fahren, ob wir noch mit Kreditkarten zahlen wollen ... Wir verlieren unsere Unbefangenheit. Es folgt der Niedergang der »Kultur der Privatheit«, wie es der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Hassemer kürzlich ausgedrückt hat.

Die Gefahr der Raster

Eingewandt wird, diese riesigen Datenmengen seien doch gar nicht mehr zusammenzubringen und so sei es auch völlig harmlos, wenn die eigenen Telefonverbindungsdaten auf irgendeinem Datenfriedhof landeten. Doch genau hier liegt ein Problem. Wollen Sicherheitsbehörden nicht im Datenmeer ertrinken, müssen sie die Informationen computergestützt nach Kriterien durchsuchen. Sie rastern. Sind bei einer Person mehrere Kriterien erfüllt, geht die Alarmlampe an. Schnell wird man ein so genannter »Gefährder«. Plötzlich landet man in der Antiterrordatei – und als »Kontaktpersonen« über »Kennverhältnisse« das ganze Umfeld noch dazu. Es kann passieren, dass man nach einem Transatlantikflug gleich wieder zurückgeschickt wird. Und wenn es ganz unglücklich kommt, ergeht es einem wie dem Berliner Soziologen Andrej H., den die Bundesanwaltschaft verhaften ließ, weil in seinen wissenschaftlichen Arbeiten die gleichen Worte vorkommen wie in Schriften der »militanten Gruppe«. Das Ungemach

im Einzelfall sogar entschuldbar. Fragen an die derzeitige US-Regierung nach Folterverhören in CIA-Gefängnissen werden mit dem pauschalen und unbelegten Hinweis beantwortet, »it saves lives«, Leben würden gerettet.

Schnell wird man ein so genannter »Gefährder«.

Wir müssen uns fragen: Wie sehen wir uns selbst, wie wollen wir leben? Brauchen wir die totale Sicherheit oder sind wir stark genug, um der Freiheit willen Risiken zu ertragen? Lassen wir uns erschüttern und einschüchtern von einer hysterisch geführten Debatte oder stehen wir zu dem, woran wir glauben: an ein selbstbestimmtes Leben freier Menschen. Jeder von uns weiß, dass es absolute Sicherheit nicht gibt. Kaum wurde die Schraube des Überwachungsstaates ein Stückchen weiter angezogen, wird das nächste Sicherheitsloch entdeckt, die nächste Gefahr an die Wand gemalt. Und schon ertönt der Ruf, die Schraube noch weiter zu drehen. Die Verunsicherung bleibt. Im Karussell der Angst geht's weiter.

Der einzige Weg, die innere Angst zu besiegen, ist die Rückbesinnung auf unsere Stärken, auf die Werte der Aufklärung, ist die Wahrung des Respektes vor den Ideen der Freiheit, der Humanität und des Rechts. Wenn wir auch in Zeiten extremistischer Terroranschläge demonstrieren, dass wir an der Unantastbarkeit der Menschenwürde und der Rechtsstaatlichkeit selbstbewusst festhalten, statt der Illusion absoluter Sicherheit zu verfallen, können uns auch Fanatiker nicht einschüchtern. Auch ohne Vorratsdatenspeicherung.

Fortsetzung von Seite 1: Schluss mit Geheimverträgen ...

Im Jahr 2008 werden die Preise nach der Privatisierung der Wasserbetriebe um 30% gestiegen sein. Allein der versprochenen Rendite wegen. 1% Rendite macht ca 3% Preissteigerung aus.

Jeder kann nun selbst ausrechnen, wie viel hier ohne jedes wirtschaftliche Risiko abgezockt wird. Denn Wasser ist ein Monopol!

Auch bei Wirtschaftssenator Harald Wolf ist die Kritik an der informativen Entmündigung angekommen.

Bisher ist es allerdings bei seiner Ankündigung geblieben, sich mit den Konzernen RWE und Veolia über eine vollständige Offenlegung des Geheimvertrags zu verständigen. Der Wassertisch befürchtet, dass die Gespräche zwischen dem Wirtschaftssenator und den Konzernen ins Leere laufen. Daher hält die Bürgerinitiative an der Notwendigkeit eines Gesetzes zur Offenlegung fest, weil »Geheim-

haltung im Bereich der Wasserversorgung nichts, aber auch gar nichts verloren hat«, so Dorothea Härlin, Sprecherin des Wassertisches und attac-Aktivistin. Die Bürgerinitiative strebt mit dem Volksbegehren die Aufhebung der Teilprivatisierung an.

Hierfür ist die formaljuristische Offenlegung der Geheimverträge per Gesetz unbedingt erforderlich, damit die Verträge unabhängig und öffentlich geprüft und in einem juristischen Klageverfahren außer Kraft gesetzt werden können.

Für die erste Stufe des Volksbegehrens (Antrag auf Zulassung) müssen in einer Frist von sechs Monaten 20.000 gültige Unterschriftenbögen zusammenkommen.

Info:

Unterschriften werden noch bis zum 31. Januar gesammelt. Unterschriftenbögen sind erhältlich im Internet unter www.berlinerwassertisch.net.

Fortsetzung von Seite 1: Es ist reine Ideologie. Aber welche?

Wer nur darauf und auf Lohndumping gesetzt hat, zögert jetzt zu Recht. Er soll sich nicht auf das gemeine Wohl berufen.

Mit dem, was wir für Briefmarken ausgeben, lässt sich nur eine begrenzte Zahl von Arbeitnehmern ordentlich besolden. Die Vorstellung, durch Wettbewerb könnten doppelt oder dreimal so viele davon leben, ist reine Ideologie. Aber welche?

Es ist eine Ideologie, die den Wettbewerb aus einem von mehreren Instrumenten der Wirtschaftspolitik zum Maßstab, ja zum Ziel wirtschaftlichen Handelns macht. Danach ist Wettbewerb immer gut, nicht nur in der Wirtschaft. Nur die Wettbewerbsgesellschaft hat eine Chance. Das beginnt dann in der Grundschule. Und es endet bei den Bundesländern. Anders als im Grundgesetz vorgesehen sollen sie miteinander konkurrieren – der eine mit dem Moped, der andere mit dem Porsche. Wettbewerb wird aus einem Mittel zum Selbstzweck. Wie verhält sich dies zur sozialen Marktwirtschaft?

Unser Grundgesetz beginnt nicht mit den Sätzen: »Wettbewerb ist das Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland.«

Vor dreißig Jahren hätte kein Politiker, auch keiner der Union, darüber geklagt, dass Mindestlöhne den Wettbewerb hemmen. Einmal, weil praktisch jede Arbeit so entlohnt wurde, dass man davon leben konnte. Zum anderen galt noch: Ein Wettbewerb, der nur durch Hungerlöhne möglich wird, passt nicht in die soziale Marktwirtschaft. Wo Wettbewerb nicht mit anderen als sozialverträglichen Mitteln gelingt, darf er, soll er unterbleiben. Der Wettbewerb wurde als Mittel geschätzt. Aber er war kein Gott, dem Menschenopfer zustanden.

Unser Grundgesetz beginnt nicht mit den Sätzen: »Wettbewerb ist das Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland. Ihn zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Es ist die Würde des Menschen, die zu schützen staatliches Handeln verpflichtet ist. Und gehört es nicht zur Würde des Menschen, dass seine Arbeit ihm wenigstens den Lebensunterhalt sichert?

Die Union redet gern vom »christlichen Menschenbild« – allerdings ohne zu sagen, was das ist. Sicher ist das nicht der allezeit konkurrierende Mensch. Vielleicht könnten ihre Programmierer gelegentlich im Neuen Testament nachlesen, was da über Lohn und Arbeit steht. Etwa das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg. Da heuert ein Weinbergbesitzer Tagelöhner an, die einen frühmorgens, die anderen am späten Vormittag, wieder andere erst gegen Abend. Die einen arbeiten weit

mehr als acht Stunden, die anderen sehr viel weniger. Am Ende bekommen alle dasselbe: einen Denar.

Das war damals so etwas wie der Mindestlohn – was ein Tagelöhner brauchte, um seine Familie über Wasser zu halten. Darum hatte der Arbeitgeber diesen Lohn mit denen ausgemacht, die den ganzen Tag arbeiten sollten. Aber dann gab er diesen Mindestlohn allen. Sogar denen, die zwar bereit gewesen wären, den ganzen Tag zu arbeiten, aber nicht durften. Natürlich protestierten die Tagelöhner, die von früh bis spät geschuftet hatten. Aber der Weinbergbesitzer erwiderte ungerührt: Ihr habt doch bekommen, was ich euch versprochen habe. Tadeln ihr mich, »weil ich gütig bin«? Weil ich allen gegeben habe, was sie zum Leben brauchen? Sicher, das ist ein Gleichnis für etwas, was weit weg ist vom Arbeitsmarkt. Aber Maßstab ist eben nicht der Wettbewerb, sondern es sind die Mindestbedürfnisse von Menschen.

Und gehört es nicht zur Würde des Menschen, dass seine Arbeit ihm wenigstens den Lebensunterhalt sichert?

Die CDU hat eben ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. Es enthält manche prägnante intelligente Formulierung. Aber wohin die Reise gehen soll, steht da nicht. Genauso vage blieb auch Kanzlerin Angela Merkel, als sie gestern auf dem Deutschen Arbeitgebertag die niedrigen Löhne in der Dienstleistungsbranche beklagte. Welche Politik wirklich gemacht wird, entscheidet sich am Stellenwert des Wettbewerbs: Soll er ein durchaus brauchbares Instrument der Wirtschaftspolitik sein, über dessen Anwendung auch politisch entschieden werden kann. Oder ein höchstes Prinzip, unantastbar, dem notfalls jedes Opfer zu bringen ist?

Zwischen beidem liegt der Unterschied, um den es in der politischen Auseinandersetzung geht. Und dies wird bei der Diskussion um den Mindestlohn deutlich. Deshalb streiten wir nicht um Kleinigkeiten, sondern um Grundsätzliches.

(Nachdruck mit Genehmigung der TAZ vom 12. 12. 2007 »Debatte«, <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/der-gott-des-wettbewerbs/?src=AR&chHash=58afcabfbc>)

Info: Wer ist Erhard Eppler

Erhard Eppler (81) saß von 1970 bis 1991 im Vorstand der SPD. Nach seinem Rückzug aus der Bundespolitik widmete er sich wieder mehr seiner Arbeit in der Evangelischen Kirche. 2005 erschien sein letztes Buch »Auslaufmodell Staat?«.



Beschluss zum G8-Protest

Grenzen der Rechtsstaatlichkeit überschritten

von Thomas Stender

Zum zweiten Mal hat der Bundesgerichtshof die von der Bundesanwaltschaft verfolgte Strategie bei der Verfolgung politisch motivierter Straftaten durchkreuzt. Die Bundesanwaltschaft ist im Vorfeld des G-8-Gipfels am 9. Mai mit einer Großaktion gegen G-8-Gegner vorgegangen. 900 Beamte durchsuchten 40 Wohnungen, Büros und Treffpunkte der linksautonomen Szene in Berlin, Brandenburg, Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen. Darunter waren auch mehrere bekannte Treffpunkte in Kreuzberg. 21 Menschen standen im Verdacht, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben, um den Gipfel mit Brandanschlägen auf Autos und Gebäude zu stören. Den Verdacht des Terrorismus hat die Bundesanwaltschaft damit begründet, dass diese Anschläge dazu bestimmt seien, die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu erschüttern. Der Staatsschutzsenat des Bundesgerichtshofes hat in einem jetzt veröffentlichten Beschluss vom 20. Dezember 2007 dieses Vorgehen für rechtswidrig erklärt, weil diese vorgeworfenen Straftaten nicht als terroristisch

angesehen werden könnten und daher eine Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft nicht gegeben sei. Das Gericht hat deshalb die von der Bundesanwaltschaft erwirkten Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse aufgehoben.

Die Bundesanwaltschaft ist im Vorfeld des G-8-Gipfels am 9. Mai mit einer Großaktion gegen G-8-Gegner vorgegangen

Diese Entscheidung ist bedeutsam, weil sie die Tendenz der Bundesanwaltschaft, den Terrorismusbegriff weit zu fassen und sich damit erweiterte Befugnisse zu verschaffen, als rechtswidrig einordnet. Nicht jede Brandstiftung, die aus politischen Motiven begangen wird, ist daher Terrorismus. Diese Linie hat der BGH bereits bei seiner Entscheidung zur »militanten Gruppe« im November des letzten Jahres deutlich gemacht. Nicht jede Brandstiftung kann den Staat erschüttern, so lässt sich die Rechtsprechung des BGH zusammenfassen. Der BGH begründet seine einschränkende Handhabung mit einer Strafrechtsänderung aus 2003, mit der der Ge-

setzgeber gerade die Absicht verfolgt hatte, den Terrorismusbegriff im Strafrecht einzuschränken.

Bemerkenswert ist auch, dass der BGH, wie er selbst schreibt, »nachhaltige Zweifel« daran habe, dass sich die Beschuldigten überhaupt im strafrechtlichen Sinn zu einer Vereinigung zusammengeschlossen hätten. Eine Vereinigung im strafrechtlichen Sinne setzt nämlich voraus, dass eine gewisse Struktur vorhanden ist. Hierfür fehlen dem BGH gegenwärtig die erforderlichen Anhaltspunkte.

Für die SPD kann es nach diesen Gerichtsentscheidungen nur heißen: Die Verfolgung von Straftaten, seien sie politisch motiviert oder nicht, muss auf rechtsstaatlicher Grundlage erfolgen. Der Rechtsstaat muss sich bei der Bekämpfung seiner Gegner an seine eigenen Grundsätze halten. Dies muss bei der Anwendung bestehender Gesetze wie auch bei der Strafverfolgung beachtet werden. Gleiches gilt aber auch, wie die Problematik der Vorratsdatenspeicherung zeigt, für die Schaffung neuer Gesetze.

Hart gegen Kriminalität, konsequent gegen die Ursachen

Beschluss des SPD-Parteivorstandes: Bürgerinnen und Bürger wirksam vor Gewalt schützen



Das geltende Recht bietet hinreichende Möglichkeiten, um ausreichend und angemessen auf Straftaten junger Menschen zu reagieren. Wir haben in diesem Bereich kein Gesetzes-, sondern ein Vollzugsdefizit. Die bestehenden

Defizite müssen von Ländern, die für die Anwendung zuständig sind, beseitigt werden. Die schärfsten Gesetze laufen ins Leere, wenn Länder wie Hessen Polizeistellen radikal kürzen, bei Justiz und Jugendhilfe sparen und die Prävention sträflich vernachlässigen.

»Geltendes Recht anwenden.«

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner Jahresauftrakttagung am 7. Januar 2008 in Hannover folgenden Beschluss gefasst. Gewalt in unserem Land muss – überall wo sie auftritt – konsequent bekämpft werden. Dies gilt unabhängig davon, ob sie von Rechtsextremisten, von Erwachsenen oder Jugendlichen, von Deutschen oder Nichtdeutschen ausgeht. Notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendkriminalität sind gefordert – nicht Parolen. Wir wollen Null Toleranz gegen Gewalt. Wir setzen auf eine konsequente und seriöse Politik. Wer lediglich Angst schürt, wird weder der Situation noch den Notwendigkeiten gerecht. Wir kämpfen hart gegen Kriminalität und

Gewalt und gegen deren Ursachen. Wir wollen Sicherheit statt Angst.

Um die Ursachen von Jugendkriminalität bekämpfen zu können, setzen wir auf verstärkte Prävention durch gleiche Bildungschancen, Ganztagschulen, Jugendberufshilfe und eine Ausbildungsperspektive für jeden Jugendlichen. Besonders wichtig ist eine konsequente Integrationspolitik, die faire Chancen ermöglicht und auf klaren Regeln basiert. Jeder Mensch in diesem Land, unabhängig seiner Herkunft, muss sich an Recht und Gesetz halten. Die Länder sind aufgefordert, Konzepte für Verbesserungen zu entwickeln, die auch die Verabschiedung des Integrationsgipfels berücksichtigen.

Urteil vollzogen werden. Es darf nicht sein, dass – wie etwa in Hessen – drei Monate vergehen, bis ein Jugendarrest vollzogen wird. Die Strafe muss – insbesondere von Intensivtätern – binnen eines Monats angetreten werden.

Wir brauchen eine gute Ausstattung in Schulen, Polizei, Justiz und Jugendhilfe. Diejenigen, die jetzt Verschärfungen des Bundesrechts fordern, hatten es in ihren Ländern selbst in der Hand, statt Polizei- und Justizstellen zu streichen, und bei Jugendhilfe, Prävention und Bildung zu

kürzen, die Probleme selbst zu lösen, die sie jetzt im Wahlkampf anprangern.

Es ist ein Armutszeugnis von CDU und CSU, monatelang von Integration zu reden, und dann bei der ersten Gelegenheit mit pauschalen Vorurteilen gegen Menschen wegen ihrer sozialen oder nationalen Herkunft die Gesellschaft zu spalten und alle Integrationsbemühungen zu gefährden.

Strafe und Vorbeugung, eine Politik die Bürgerinnen und Bürger wirksam vor Gewalt und Kriminalität schützt – das sind die Ziele sozialdemokratischer Politik.



Kommentar: Über Bande gespielt: Mittels EG-Recht am Parlament vorbei zur Vorratsdatenspeicherung

Wie kam es eigentlich zu dem Gesetz zur Telekommunikationsüberwachung? In den Beratungen des Deutschen Bundestages war zu hören, es gelte, eine EG-Richtlinie umzusetzen. Hierzu sei Deutschland verpflichtet. Der Skandal ist also beim Zustandekommen jener Richtlinie zu suchen.

Im Rat, wo die nationalen Regierungen vertreten sind, ist eine Richtlinie beschlossen worden, auf die das Europäische Parlament nicht wirklich Einfluss nehmen konnte. Es gab noch nicht mal eine richtige Rechtsgrundlage in den EG-Verträgen.

Darüber wird noch der Europäische Gerichtshof entscheiden. Aber einige Regierungen wollten sie unbedingt. Die Vorratsdatenspeicherung ist zu einem prominenten Beispiel dafür geworden, wie die Regierungen der Mitgliedsstaaten – auch die deutsche – Gesetzesansätze auf die europäische Ebene schieben, für die sie in ihren nationalen Parlamenten niemals eine Mehrheit bekommen würden.

Wollen wir zukünftig sicherstellen, dass solch problematische Gesetze in einem transparenten und demokratischen Verfahren beraten und gegebenenfalls verhindert werden, müssen wir das Europäische Parlament zum zentralen Gesetzgebungsorgan der Gemeinschaft machen, ohne das keine Regelung zu Stande kommen kann.

Harald Georgii

Zukunftsplanung und Bürgerengagement

von Ingeborg Junge-Reyer, Senatorin für Stadtentwicklung

In Friedrichshain-Kreuzberg liegen unterschiedlichste Entwicklungen und Perspektiven dicht nebeneinander. Und es bleibt der Bezirk, in dem Bürgerinnen und Bürger sich wenigstens die Butter nicht vom Brot nehmen lassen, wenn schon weder Käse noch Schinken drauf liegen ...

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wäre missverstanden, wenn wir in ihr nur ein formales Zugeständnis an Planungsverfahren sehen würden.

Vor sieben Jahren entstand durch einen Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Es war eine Entscheidung, die damals nicht unumstritten war. Es gab zum einen die Befürchtung, hier würden lediglich zwei »Problemstadtteile« zusammengelegt. Und es gab die Sorge, die Interessen der Menschen in den Quartieren würden nicht mehr genügend berücksichtigt.

Heute wissen wir: Friedrichshain-Kreuzberg steuert einen erheblichen Anteil zu den Berliner Zukunftsperspektiven bei.

Das ist zu allererst die Kultur, die sich auf unterschiedliche Weise überall im Bezirk repräsentiert: von den Avantgarde-Theatern im Südwesten bis zum »Musikstandort« am Spreeufer.

Es heißt nicht, dass den Quartiersräten vorgeschrieben werden kann, was sie selbst bestimmen sollen.

Das Ufer – nach der Wiedervereinigung neu entdeckt – ist besonders begehrt – und daher auch umkämpft. Ob es die neue Arena am Ostbahnhof, das Solarzentrum, Universal und MTV oder auch die neu entstandenen Büronutzungen sind – sie sind wichtig für die wirtschaftliche Existenz der Stadt. Und gleichzeitig soll das Ufer auch für die Menschen zur Freizeit und zur Erholung da sein. Hier geht es darum, gemeinsam gute Lösungen zu finden, wie das zum Beispiel mit dem Fußballplatz auf dem Metro-Großmarkt gelungen ist.

Im Rahmen des Stadtumbau-Programms wird nun eine Planung für den Kreuzberger Uferbereich realisiert, die die Poten-

ziale am Wasser nutzt und für die Menschen, die dort wohnen, öffnet.

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk, der an vielen Stellen ein neues Gesicht erhält, so zum Beispiel am Gleisdreieck. Hier wurde in einem aufwändigen Verfahren gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern eine Planung erreicht, dieses ehemalige Bahngelände als Teil eines Grünzuges zu gestalten, der vom Potsdamer Platz bis weit in den Süden der Stadt reicht.

Friedrichshain-Kreuzberg steuert einen erheblichen Anteil zu den Berliner Zukunftsperspektiven bei.

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wäre missverstanden, wenn wir in ihr nur ein formales Zugeständnis an Planungsverfahren sehen würden. Die tägliche Arbeit in den Quartieren zeigt, dass die Menschen selbst in aller Regel sehr gut wissen, was in ihrem Umfeld benötigt wird und wo sinnvolle Projekte auf den Weg gebracht werden sollen.

Das ist der Grund, warum es in den Gebieten der sozialen Stadtentwicklung Quartiersräte gibt, die als Vertretungen der Bewohnerschaft über sinnvolle Verbesserungen sprechen, Maßnahmen vorstellen und beschließen – und auch im Rahmen eines zur Verfügung stehenden Budgets über die Mittel entscheiden, die für einen bestimmten Zweck eingesetzt werden sollen.

Bisweilen wird auch über solche Maßnahmen gestritten – und das ist notwendig und gut, weil eine kritische Diskussion auch die Chance bietet, ein bestimmtes Vorhaben noch besser zu machen. Aber dieses heißt nicht, dass den Quartiersräten vorgeschrieben werden kann, was sie ja eigentlich selbst bestimmen sollen. Die Politik der sozialen Stadtentwicklung bedeutet eben auch, das Gespräch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung, Institutionen und Organisationen zu verbessern, um so gemeinsam das Beste für ein Quartier zu schaffen.

Dieses Modell der Bürgerbeteiligung ist inzwischen zu einem Erfolgsmodell geworden, das in anderen Städten positiv

aufgegriffen und nachgeahmt wird. Daher unterstützt der Senat auch das Engagement der Quartiersräte und wirbt ausdrücklich für die Weiterentwicklung dieses Verfahrens, Bürgerinnen und Bürger selbst über den Weg ihres Quartiers entscheiden zu lassen.

Friedrichshain-Kreuzberg wird auch in Zukunft kein »einfaches Pflaster« sein.

Die Wurzeln dieses Modells liegen nicht zufällig auch in diesem Bezirk mit seinen vielfältigen Initiativen zur Stadtteilarbeit und dem Willen, sich an Politik zu beteiligen und Verantwortung zu übernehmen.

Friedrichshain-Kreuzberg wird auch in Zukunft kein »einfaches Pflaster« sein. Das liegt zum guten Teil an der widerborstigen Art der Menschen auf beiden Seiten der Spree. Doch der Bezirk ist zugleich ein guter Nährboden für unkonventionelle Ideen und Lösungen, die ihre Chancen suchen, verwirklicht zu werden, und die nicht zum ersten Mal weit über den Bezirk hinaus Schule machen.



Eine Halbinsel mit Potenzial

Die Entwicklungsmaßnahme Rummelsburger Bucht – ein Erfolg sozialdemokratischer Stadtpolitik

von Jan Stöß



Seit sich 1837 ein junger Student namens Karl Marx auf ärztlichen Rat in der damals beliebten Sommerfrische von Stralau von einer Bronchitis erholte, hat sich viel auf der Stralauer Halbinsel getan. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der Standort von der Industrie entdeckt, es entstanden Werften, eine Palmkernölfabrik und eine Glashütte, deren »Flaschenturm« noch heute die Nordhälfte der Halbinsel dominiert. Chemiebetriebe und Färbereien siedelten sich an.

Der Rummelsburger See war erheblich mit Altlasten verseucht.

Als Luftkurort konnte Stralau schon bald nicht mehr gelten. Mit dem Mauerbau wurde die Gegend zum Grenzgebiet. 1990 lebten auf der Halbinsel Stralau nur ein paar hundert Menschen, die Wohngebäude waren in schlechtem Zustand, große Flächen waren brach gefallen, Indu-

strieruinien prägten das Quartier. Der Rummelsburger See war erheblich mit Altlasten verseucht.

Die Stadt verlässt sich nicht nur auf private Investoren, sondern steuert die Entwicklung selbst.

In dieser Situation ergriff ab 1991 vor allem SPD-Bausenator Nagel die Initiative, mit einer Vielzahl städtebaulicher Großprojekte den erwarteten Mehrbedarf an Wohn- und Arbeitsstätten zu decken und dabei brachgefallene innerstädtische Industriequartiere für die Stadt zurückzugewinnen. In Berlin wurden fünf städtebauliche Entwicklungsbereiche festgesetzt, zu dem auch der Entwicklungsbereich Rummelsburger Bucht gehört. Dieser umfasst neben der Stralauer Halbinsel in unserem Bezirk die Lichtenberger Uferseite des Rummelsburger Sees. Das Besondere am Instrument der städtebau-

lichen Entwicklungsmaßnahme: Die Stadt verlässt sich nicht nur auf private Investoren, sondern steuert die Entwicklung selbst. Sie soll grundsätzlich alle Grundstücke in dem Bereich erwerben und nach der Entwicklung wieder an weite Kreise der Bevölkerung veräußern. Und: Sie schöpft den Mehrwert der Grundstücke ab, der durch die öffentlichen Investitionen entsteht, Gewinne, die sonst in private Taschen der Grundstückseigentümer abfließen.

Im Jahr 2007 kann die Entwicklungsverordnung für den Entwicklungsbereich Rummelsburger Bucht aufgehoben werden: Die Umwandlung des landschaftlich attraktiven Gebiets mit tollen Wasserlagen zu einem modernen Wohn- und Dienstleistungsquartier ist geschafft. Auch wenn im Laufe der Durchführung der Maßnahme klar wurde, dass der Bedarf an Wohnungen sehr viel geringer ausfällt, als Anfang und Mitte der 90er Jahre erwartet – und die ursprünglich vorgesehene Ernstnutzung als Olympisches Dorf für die Spiele im Jahr 2000 überflüssig geworden war –, ist durch laufende Anpassung, zum Beispiel durch die Durchführung neuer Wohnformen, im Ergebnis ein Stadtteil entstanden, in dem es sich leben lässt, der sich sehen lassen kann. Auch wenn noch einige Nachfolgeaufgaben auf der Tagesordnung stehen: Der Mut, die Maßnahme trotz vieler Anfeindungen während der Immobilienkrise ab 1999 nicht einfach abzubrechen, sondern zu einem erfolgreichen Ende zu führen, wurde belohnt: Unser Bezirk hat gewonnen.

Heute Blumen, morgen Kunst?

von Sebastian Forck

Per Senatsbeschluss wird der Blumen-Großmarkt 2010 von der Friedrichstraße an die Beusselstraße verlegt. Wie aber sieht die Zukunft des bisherigen Standortes in der Südlichen Friedrichstadt aus?

1886 wurde hier eine Markthalle errichtet, die den umsatzstärksten Blumen-Großmarkt des damaligen Kaiserreiches beherbergte und der in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts zu einem der größten Europas wurde. Nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg folgte eine Phase provisorischer Lösungen, bis schließlich von 1962-1965 das heutige Gebäude errichtet wurde. Mit dem Umzug des Blumengroßmarktes eröffnen sich neue Möglichkeiten für die Nutzung dieses Grundstücks im Zentrum Berlins.

Die Nähe zum Jüdischen Museum, zur Berlinischen Galerie und zu den zahlreichen Ateliers an der Friedrich- und Zimmerstraße gibt geradezu eine Nutzung vor, die eine Lücke füllt, die mit der Schließung der Kunsthalle an der Budapester Straße im Jahre 1993 gerissen wurde. Mit dem Verlust dieser Kunsthalle sahen und sehen sich viele Berliner Künstler gezwungen, in andere Städte auszuweichen, wollen sie ihre Arbeiten der Öffentlichkeit präsentieren.

Eine Lösung wurde nun auf dem Schlossplatz gefunden. Allerdings wird sie nur bis ins Jahr 2010 Bestand haben, denn mit Baubeginn des Stadtschlusses wird dieser Ort wieder seiner historischen Bestimmung zugeführt. Warum also nicht aus dem heutigen Blumengroßmarkt ein

neues Kulturzentrum machen? Die Idee, die Halle des Blumengroßmarktes für eine Kunsthalle zu nutzen, stammt von dem Architekten Wolfgang Göschel. Göschel entdeckte die Halle im Rahmen einer Untersuchung für das Bildungsforum und zeigte sich äußerst angetan von den architektonischen Voraussetzungen des Gebäudes, u. a. von dem Einfall des für die Präsentation von Kunstwerken so vorteilhaften Nordlichtes. Eine durchaus attraktive Nutzungsvariante, wenn man bedenkt, dass als Alternative auch ein Bürogebäude in Frage käme, von denen es in Berlin wahrlich genug gibt. Zudem bedeutete ein neues Kulturzentrum für die Südliche Friedrichstadt eine Aufwertung, besteht doch die berechtigte Hoffnung, dass im Sog einer neuen Kunsthalle der südliche Teil der Friedrichstraße an den nördlich des Checkpoint Charlies gelegenen belebten Teil angebunden werden könnte. Die verkehrstechnischen Voraussetzungen sind durch Bus- und U-Bahn-Linien allemal gegeben. Die SPD unterstützt die Idee eines Kulturzentrums am jetzigen Standort des Blumengroßmarktes. So brachte die SPD-Fraktion in der letzten BVV vor der Sommerpause 2007 einen entsprechenden Antrag ein und schuf damit die Grundlagen für eine Diskussion zur Umsetzung der Idee im Anschluss an den Umzug des Großmarktes in 2010. Die Realisierung bedarf nur geringer finanzieller Mittel und am Ende steht ein neues Kulturzentrum für die Präsentation zeitgenössischer Werke in Berlin.

Zukunft des Landwehrkanals

Der rund 11 Kilometer lange und 150 Jahre alte Landwehrkanal windet sich durch 5 Bezirke und ist eine Lebensader in der Mitte von Kreuzberg. Er dient ausschließlich der Freizeit- und Tourismusschiff-Fahrt.

von Doris Jagodzinski, Sprecherin der SPD Friedrichshain-Kreuzberg



Nach Plänen des Landschafts und Gartenarchitekten Peter Joseph Lenné gebaut, steht der Kanal zum Teil unter Denkmalschutz. Eine Vielzahl von Bäumen säumt diese Wasserstraße und bestimmt das Landschaftsbild maßgeblich. Laut Wasserschiffahrtsamt Berlin (WSA) hat ein Kanal eine durchschnittliche Verkehrsfunktion von 80 Jahren, danach müssen umfangreiche Sanierungen vorgenommen werden. Während der Teilung Berlins lag die Verantwortung für Schleusen und Ufer bei DDR-Dienststellen, da der Kanal zum Hoheitsgebiet der DDR gehörte. Grundlegende Sanierungsmaßnahmen unterblieben in dieser Zeit. Ähnlich dem Gleisdreieck konnte sich so eine große Tier- und Pflanzenartenvielfalt (z.B. Nachtigallen, Fischreiher, Fledermäuse) auf den Verbindungswegen bis tief in die Innenstadt hinein ausbreiten und stellt heute ein besonders schützenswertes Innenstadtdreieck dar. Seit dem Mauerfall ist für die Bundeswasserstraße das WSA zuständig. Dennoch unterblieb die dringend notwendige Instandsetzung, obwohl der zunehmende Schiffsverkehr mit seinem Wellenschlag die Ufer zusätzlich belastete.

Der aufbrausende Protest vieler Anwohnerinnen und Anwohner führte jedoch dazu, dass keine unumkehrbaren Fakten größeren Ausmaßes geschaffen wurden.

Im Frühjahr 2007 rutschten an mehreren Stellen Uferwände ab. Besonders augenfällig sind die Schäden an der Anlegerstelle der Reederei Riedel an der Kottbusser Brücke. Wegen des umfangreichen Schadbildes und der Gefahr für Leib und Leben wollte das WSA endlich handeln. Ein Konzept lag allerdings nicht vor. Als erste Maßnahme wurden daher Ad-hoc-Fällungen von 200 gesunden Bäumen zur Sicherung der Verkehrsstraße angekündigt und in einigen Fällen auch durchgeführt. Auf Grund der Argumentation, es sei Gefahr im Verzuge, konnten diese Fällungen unter Anwendung der Berliner Baumschutzverordnung nicht verhindert werden. Der aufbrausende Protest vieler Anwohnerinnen und Anwohner führte jedoch dazu, dass keine unumkehrbaren Fakten größeren Ausmaßes geschaffen wurden. Die Fällung weiterer Bäume wurde vorerst gestoppt. Unter den Protestierenden waren von Anbeginn an Genossinnen und Genossen der SPD Friedrichshain-Kreuzberg. Der Widerstand der Bevölkerung wurde unsererseits mit verschiedenen Aktivitäten unterstützt. Baum-Patrouillen wurden gefahren, wir haben uns an der Telefonkette beteiligt, bei Fällungen waren wir vor Ort und der Kontakt zur Bürgerinitiative entwickelte sich dertat lebhaft, dass schlussendlich der Dialog zwischen WSA, Reedereien und Baumschützern in Gang kam. Neben Briefen verschiedener SPD-Abteilungen an das Bundesverkehrsministerium gab es auch zunehmend parlamentarischen Druck. Auf Initiative von Mechthild Rawert (MdB) kam es zu Gesprächen im Bundestag und im Juni 2007 zu einer Informationsveranstaltung des WSA im BVV-Saal Kreuzberg. Während all dieser Veranstaltungen

zeitigten die Vertreter des WSA keinerlei Bereitschaft, von Fällungen abzusehen. Stattdessen blieb der Landwehrkanal für die Schiff-Fahrt gesperrt und die Situation eskalierte. Noch während der laufenden Gespräche wurden weitere Bäume gefällt. Dem massiven Protest der Bevölkerung und dem entschiedenen Eingreifen von Politikern wie Stefan Zuckenfels (MdB) ist es zu verdanken, dass heute der Dialog in geordneten Bahnen verläuft. Besonderer Erwähnung bedarf das erfolgreiche Engagement unseres Bezirksstadtrats in Mitte, Ephraim Gothe, für den Erhalt der Bäume des Kanalabschnittes in seinem Zuständigkeitsbereich. Seine Behörde hatte in Abstimmung mit dem WSA erreichen können, dass die meisten Bäume stehen blieben. Mitarbeiter des Bezirksamts Mitte wurden aktiv. So wurden Bäume beschnitten, um das Gewicht zu reduzieren, und bei Sicherungsmaßnahmen seitens des WSA wurde darauf geachtet, dass die Bäume und ihre Rinde geschont wurden. Dies zeigt deutlich, dass sich ein Engagement für die Bäume ausgezahlt hat. In Kreuzberg gab es von Seiten des Bezirksamts nichts Vergleichbares an Initiative. Daher war es umso wichtiger, dass viele Menschen aktiv wurden und sich und ihrem Protest Gehör verschafften. Unstreitig ist, dass man das Fällen eines Baumes nicht immer umgehen kann. Die Gründe dafür sind unterschiedlicher Natur. Und weil dem so ist, ist im Falle einer solchen Maßnahme Transparenz dringend geboten. Auch hier ist das Bezirksamt Mitte zu loben. Auf seiner Internetseite konnten sich interessierte



Bürgerinnen und Bürger vorab über geplante Baumpflege- und Fällmaßnahmen informieren. Dieses Verfahren sollte für Berlin insgesamt zum Normalfall werden. Nur wenn Politik ihrer Informationspflicht nachkommt, steht auch die politische Forderung nach mehr bürgerschaftlichem Engagement nicht mehr im Verdacht, nur ein Lippenbekenntnis zu sein, und wird als ernst gemeint anerkannt.

Im Herbst 2007 hat das von uns geforderte und nun eingeleitete Mediationsverfahren seine Arbeit aufgenommen. Vertre-

ter der Bevölkerung (Bürgerinitiative, Anwohner), die Wasserschiffahrtsverwaltung des Bundes auf den Ebenen der Wasserschiffahrtsdirektion Ost (WSD) und des WSA Berlin, Reedereien und zu beteiligende Landes- und Bezirksbehörden sitzen an einem Tisch und reden über Möglichkeiten, die unterschiedlichen Interessen in Einklang zu bringen. Mit dem Dialog sind viele Hoffnungen verknüpft. Für die SPD Friedrichshain-Kreuzberg steht dabei im Vordergrund, dass sich alle Interessengruppen adäquat einbringen können, damit am Ende ein guter Kompromiss für ein friedliches Miteinander und für den Schutz der wertvollen Bäume im Bezirk dabei herauskommt.

Der Widerstand der Bevölkerung wurde unsererseits mit verschiedenen Aktivitäten unterstützt.

Der Kreisvorstand der SPD Friedrichshain-Kreuzberg fasste zwei Beschlüsse, die im Wesentlichen folgende Forderungen für die Zukunft des Landwehrkanals enthalten:

- Erhalt des malerischen Landschaftsbildes und des gesunden Baumbestandes
- Verbesserung des Erholungswertes der Uferpromenaden und angrenzenden Parkanlagen
- Entlastung der Ufer von Lärm und Abgasen und vom Wellenschlag des Schiffsverkehrs: dauerhafte Festlegung der Geschwindigkeitsbegrenzung für Schiffe auf 6 km/h und Sicherstellung für die effektive Einhaltung, Beibehaltung des Einbahnverkehrs
- Sicherung der Kreuzberger Arbeitsplätze der Ausflugsschiffahrt
- Langfristige Ausweichstandorte für die Reedereibetriebe des Urbanhafens
- Bessere Nutzung des Kanals für die Anwohner, mehr Freizeitschiffe, Paddelboote etc.
- Anwendung umweltschonender, moderner Wasserbautechniken zur Sanierung des Kanals
- Baum und Rinden schonende Sicherungsmaßnahmen für Bäume, keine Betonquader
- Einstellung ausreichender Haushaltsmittel im Bundeshaushalt zur Sanierung des Kanals

Es darf keine weiteren Ad-hoc-Maßnahmen seitens des WSA geben. Die Bäume müssen dauerhaft gesichert werden. Deshalb soll ein eventuell noch durchzuführendes Planfeststellungsverfahren Maß-

nahmen für den dauerhaften Erhalt der Bäume vorsehen. Aufgabe des Mediationsverfahrens ist es, hierfür die Eckpunkte festzulegen; Voraussetzung dafür ist ein erfolgreicher Abschluss des Verfahrens. Die Sanierung des Landwehrkanals wird voraussichtlich frühestens im Herbst 2008 beginnen und ca. 8 Jahre dauern. Das Thema bleibt uns also eine Weile erhalten und so sollten wir mit vereinten Kräften auch künftig für den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität in unserem Bezirk kämpfen.



Kommentar:

Das neue Politikverständnis im grünen Rathaus am Beispiel eines Fußballkrisis aus Kreuzberg

Tatort: Bolzplatz Willibald-Alexis-Straße. Wie viele andere Spiel- und Bolzplätze in der Stadt rief auch der an der Willibald-Alexis-Straße Anwohner auf den Plan und es kam zu Beschwerden wegen ruhestörenden Lärms. Laut Aussage eines von einem Beschwerdeführer später beauftragten Anwalts wurden die Unmutsbekundungen zuerst nicht ernst genommen. Als der Anwalt das Bezirksamt schließlich anschrieb, glaubte die zuständige Stadträtin Frau Kalepky anscheinend, den Fußboden küssen zu müssen, um Schlimmeres zu verhindern. Und so ging sie gebeugt in Verhandlungen mit wem auch immer (wir wissen es nicht), um später heroisch zu verkünden, dass der Bolzplatz ab dem 27.08.2007 gesperrt werde, um ihn voraussichtlich spätestens Ende Oktober nach Anbringen eines Ballfangzaunes und mit festen Spielzeiten wieder zu öffnen.

Das kam bei den betroffenen Jugendlichen und bei über vierhundert Anwohnern gar nicht gut an. Die Jugendlichen nahmen sich das Recht, auf ihrem Bolzplatz zu spielen, und werden deshalb jetzt in der Polizeistatistik als gefasste Gewalttäter geführt. Nun schützten die grünen Truppen den Bolzplatz vor den Jugendlichen, für die er ursprünglich bestimmt war. Als Folge der Schließung mehrten sich im Gebiet Bagatellschäden unterschiedlichster Art. Wer nicht kickt, klickt eben aus.

Zum Thema Schließung des Bolzplatzes gab es am 18.09.2007 auch eine Bürgerveranstaltung, initiiert vom Mieterrat Chamissoplatz e.V. und vom DTK-Wasserturm, auf der Frau Kalepky (parteilos, zuständig für Bolzplätze, Stadträtin für Bau und Wohnen) und Frau Herrmann (Grüne, zuständig dafür, was auf Bolzplätzen passiert, Stadträtin für Jugend) anwesend waren. Auf dieser Veranstaltung machten die Mitarbeiter des DTK-Wasserturm unmissverständlich klar, dass das Problem Bolzplatz durchaus bekannt sei und nach den Ferien angegangen werden sollte. Es lagen hierzu bereits Konzepte vor, nur war der Platz jetzt gesperrt.

Vorläufiges Fazit: Die Beschwerden an das Natur- und Grünflächenamt und an das Umweltamt wurden ignoriert, als ein Beschwerdeführer einen Anwalt einschaltete, kam es zur Überreaktion.

Auf besagter Veranstaltung des DTK-Wasserturm und des Mieterrats wurde seitens der Stadträtinnen zugesagt, dass sich das BA mit den Beschwerdeführern in Verbindung setzen werde, um eine Öffnung bis zum Beginn der Errichtung eines Ballfangzaunes zu ermöglichen.

Und dann wäre da noch der Beschluss der BVV vom 20.09.2007, mit dem das Bezirksamt beauftragt wurde, mit den Beschwerdeführern Kontakt aufzunehmen, um ein Einvernehmen bezüglich der Aufhebung der Anordnung der Schließung des Platzes und seiner Öffnung herzustellen. Damit nicht genug, formuliert der Beschluss die Forderung, einen breit angelegten Dialog herzustellen, der alle Beteiligten – die betroffenen Jugendlichen, Anwohnerinnen und Anwohner, Grünflächen- und Umweltamt, Polizei – zusammenführen solle. Als Ort für öffentliche Veranstaltungen wurde der Wasserturm vorgesehen. So weit der Beschluss. Ach ja, das Bezirksamt wurde zudem beauftragt zu prüfen, inwieweit »die Mittel des DTK/Wasserturm verstärkt werden können, um eine Arbeit mit Jugendlichen am Bolzplatz und Umgebung (Streetworker) zu gewährleisten.

Und tatsächlich, es gab am 23.10.2007 eine weitere Veranstaltung im Wasserturm. Nur sah sich Frau Kalepky leider gezwungen, den Anwesenden zu eröffnen, dass alle Gespräche mit wem auch immer (wir wissen es nicht) erfolglos verlaufen seien. Einige der so unsanft vor den Kopf Gestoßenen forderten im Verlauf der Veranstaltung die sofortige Öffnung des Platzes. Es gab Initiativen, die diese mit garantieren wollten, und Frau Kalepky sicherte großzügig ihre Unterstützung zu. Die Stadträtin kam ihrer Informationspflicht auch insofern nach, als sie die, wie sie es nennt, »Terminschien« für die Bauarbeiten vortrug. Nun war die Rede von einem Baubeginn Anfang November und der Eröffnung des Platzes Mitte Dezember. Wir erinnern uns: Etwas mehr als vier Wochen zuvor sollte der Bolzplatz den Jugendlichen bereits im Oktober wieder zur Verfügung stehen. Und am Ende des Jahres? Obwohl nach Aussage der Stadträtin die bauausführende Firma den Abschluss der Arbeiten für Mitte Dezember zugesagt hatte, stehen die Jugendlichen weiterhin vor einem verschlossenen Gatter. Dumm dastehen, das gilt auch für die Leute vom Wasserturm, denn schließlich haben sie sich auf die Aussagen der Stadträtin verlassen und die Jugendlichen auf die Öffnung des Platzes Mitte Dezember vorbereitet.

Frage: Wodurch zeichnet sich Bezirksamtshandeln aus? Durch Hinhaltetaktik und leere Versprechen.

Fazit: Frau Kalepky hat den Bürgerinnen und Bürgern, den Jugendlichen und allen Mitgliedern der Bezirksverordnetenversammlung den Sand in die Augen gestreut, der vermutlich aus den 1.00 x 1.00 Meter großen Pfostenköchern stammt, die in der Tat bereits ausgehoben wurden, um die Pfosten für den Ballfangzaun setzen zu können. Aber halt, wir haben da noch eine Frage: Wie fiel die von der BVV in Auftrag gegebene Prüfung einer möglichen Mittelaufstockung für das DTK-Wasserturm aus? Negativ. Dafür hat sich aber Jugenddezernentin Herrmann »mächtig« ins Zeug gelegt und die beiden für den gesamten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zuständigen Gangway-Streetworker angewiesen, sich auch noch um das DTK-Wasserturm zu kümmern.

Wie heißt es doch so schön? Grün ist die Hoffnung. Und die stirbt bekanntermaßen zuletzt. Scheint so, als wären wir am Endpunkt angelangt.

Uwe Hübsch



Steigt Kreuzberg auf oder droht der Absturz?

Programm Soziale Stadt vor der Bewährungsprobe

von Volker Härtig

Die Schlagzeilen und Kommentare verwirrten. »Die Schere zwischen den wohlhabenden Stadtteilen und stagnierenden Quartieren mit großen sozialen Problemen öffnet sich in Berlin immer weiter«, warnte der Tagesspiegel Ende 2007. Die Berliner Zeitung frohlockte am selben Tag: »Kreuzberg ist nicht mehr der Stadtteil mit den größten sozialen Problemen in Berlin.« Wirtschaftlicher Aufschwung habe dazu geführt, dass sich die Situation der Bewohner dort verbessert habe. Auch Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) sah ermutigende Entwicklungen.

Gleichzeitig sprach Soziologie-Professor Hartmut Häußermann von der Humboldt-Universität auf einer SPD-Veranstaltung im Familiengarten Oranienstraße Ende November von »alltäglicher Armut«, die das Leben vieler im Bezirksteil Kreuzberg präge. Seine neueste Studie mit dem Titel »Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2007« sieht nicht viel Positives an der aktuellen sozialen Lage im Bezirk. Und Stephan Voß, Koordinator der Landeskommission gegen Gewalt, setzte eins drauf: »Jugendliche in Kreuzberg erfahren alltägliche Gewalt«, und nannte erschreckende Zahlen.

Die gegensätzlichen Bewertungen überraschen nur auf den ersten Blick. Tatsächlich haben sich Merkmale wie Arbeitslosigkeit, »Sozialhilfe-Dichte«, Kinder-Armut und Abwanderung in Kreuzberg seit 2006 nicht verschärft, sondern leicht entspannt. Gleichzeitig nah-

men die »Problem-Indikatoren« vor allem in den Großsiedlungen am Stadtrand – Marzahn, Hellersdorf, Märkisches Viertel und Spandau – besorgniserregend zu.

In der Relation steht Kreuzberg nun besser da und ist nicht mehr gemeinsam mit Neukölln Inbegriff des Abgleitens ganzer Stadtteile. Das Image wird besser, die soziale Lage kaum. Häußermanns Studie erlaubt keine Entspannung in den Bemühungen um die schwierigsten Berliner Kieze. Nur geringfügig und für viele kaum spürbar sind die positiven Auswirkungen der Arbeitsmarktentwicklung auf die soziale Lage im Bezirk.

Häußermann betonte die stabilisierende Wirkung des Quartiersmanagements. 35.000 Kreuzberger in SO 36, zwischen Wassertorplatz und Wrangelkiez, wohnen in »Quartiersmanagement-Gebieten«. Hier werden Projekte und Maßnahmen zur vor- und außerschulischen Bildung und Weiterbildung, zur Gewaltprävention, zur Vernetzung von Nachbarschaften, zudem Kulturprojekte oder Freizeitangebote aus dem Programm »Soziale Stadt« gefördert und von »QM-Büros« unterstützt oder gemanagt. Wichtig dabei: Anwohner, Geschäftsleute, Planer und Pädagogen beteiligen sich an den Planungen und Projekten.

Bewohner gelten als Experten für die Probleme vor Ort, schlagen Maßnahmen und Projekte vor und entscheiden, wofür »Quartiersfonds« eingesetzt werden. Neue Projekte entstehen, Selbstorganisation in Quartiersräten ist

»in«. Der Senat unterstützt diese Ansätze mit Geld und Know-how. Offenbar mehr als nur ein Tropfen auf den heißen Stein. In Vereinbarungen zwischen dem Senat und beteiligten Berliner Bezirken werden Ziele und Verfahren festgelegt, um Reibereien zwischen Verwaltungen, die unter Sparzwängen leiden, zu vermeiden. Über 1, 1 Mio. Euro konnten die in Quartiersräten organisierten Bewohner und Vertreter von Vereinen und Projekten in Kreuzberg allein 2007 vergeben.

Doch Geld weckt Begehrlichkeiten. Jugendstadträtin Monika Herrmann (Grüne), seit Ende 2006 im Bezirksamt zuständig für das Programm »Soziale Stadt«, hält wenig von in Quartiersräten gelebter Basisdemokratie, wenn die Basis sich selbstständig macht. Sie sieht fachliche Defizite, auch wenn sich gemeinsam mit den Bürgern diplomierte Pädagogen aus Schulen und Sozialeinrichtungen engagieren. Die Quartiersräte und ihre Quartiersfonds sollen unter die Aufsicht ihrer Fachämter, forderte sie. Andere Meinungen wurden autoritär zurückgewiesen und in der Folge ließen sich neue Erfahrungen mit grüner Politik in Kreuzberg sammeln. Mobbing und Drohungen, Projekten Gelder zu entziehen, waren 2007 an der Tagesordnung. Als Erste traf es die SPD-Kreisvorsitzende Silke Fischer, im Hauptberuf Koordinatorin für »QM« im Bezirksamt.

Als Erfinderin und Initiatorin des »MyFest« ist Fischer grünen Bezirkspolitikern längst ein Dorn im Auge. Nicht genug, dass sich die Anwohnerschaft der

Oranienstraße seit dem ersten MyFest 2003 zusehends von randale-freudigen Kids und Jugendgruppen im Stadtteil emanzipierte, indem das Fest mit Musik, Kunst und Unterhaltung vom Steinerwerfen und Zündeln abhielt, so fragten auch die eigensinnigen Basisgruppen die Grünen im Bezirk wenig nach ihrer Meinung, obwohl die seit den letzten Wahlen die Mehrheit im Bezirksamt haben.

Anfang 2007 schlug Bezirksbürgermeister Schulz das erste Mal zu und versuchte Silke Fischer als MyFest-Koordinatorin abzusetzen. Sanfter Druck des Senats und lauter Protest linker Basisgruppen führten zu großzügigem Einlenken. Fischer durfte das für den Oranienkiez so wichtig gewordene MyFest weiter koordinieren, musste dafür aber ihren Urlaub nehmen. Im Oktober 2007 – derweil war die Zuständigkeit für das QM und dessen Töpfe der Jugendstadträtin Herrmann übertragen worden – der zweite Versuch: Fischer sollte statt der QM-Projekte den konzeptionellen Nichtraucherschutz in bezirklichen Liegenschaften betreuen.

Doch auch alle anderen QM-Koordinatorinnen im Bezirksamt, speziell ausgebildet und mit der Erfahrung von Jahren, warfen – beeindruckt vom autoritären Auftreten der grünen Stadträtin – das Handtuch. Hastig wurden unerfahrene Mitarbeiter aus anderen Bereichen in das bezirkliche QM-Management geschickt. Seitdem werden Fördermittel nicht oder verspätet abgerufen, drohen

dem Bezirk Gelder zu entgehen oder gar die Rückzahlung aufgrund formaler Fehler. Der Geruch vom Grünen Reinemachen machte sich breit. Staatssekretärin Dunger-Löper bat zum Gespräch bei der Senatsverwaltung, die nicht nur das Geld gibt, sondern auch die Gesamtsteuerung des Verfahrens innehat. Die Kooperation mit dem Bezirk stand auf der Kippe.

Erneut erwiesen sich Fischerman's Friends stärker als die basistentrückten Grünen im Bezirksamt. Proteste, offene Briefe, Empörung auf Veranstaltungen stimmten den grünen Profi Franz Schulz erneut um. Auf seine Initiative hin beschloss das Bezirksamt, das Quartiersmanagement aus dem Griff der grünen Jugenddezernentin zu befreien und wieder in seine Hände zu legen. »Bürgermeister-Pflicht« seien Programme der Gewalt-Prävention und der interdisziplinären Gemeinwesenarbeit, hatte es zuvor auf der SPD-Diskussion im Familiengarten geheißt, zu der man auch Herrmann eingeladen und bei der sie sich über ihren bereits Signale des Einlenkens versendenden grünen Chef lustig gemacht hatte.

Konkurrenz und Reibereien zwischen einzelnen Ressorts wegen knapper Ressourcen sollten die konkrete Projektarbeit im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« nicht behelligen, wurde gefordert. Schulz muss davon gehört haben. Ab Mitte Januar trägt er im Bezirk die Verantwortung für das QM. Vielleicht haben die Grünen dazu gelernt.

Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf

Das Programm Soziale Stadt dient der Stabilisierung und Weiterentwicklung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Einen besonderen Entwicklungsbedarf gibt es dort, wo mehrere Faktoren der Stadtentwicklung zusammenfallen und sich Probleme überlagern und verstärken. Es gibt Defizite in der Infra-

struktur, bei den Wohnungen und im Wohnumfeld. Die Wirtschaft stagniert auf niedrigem Niveau, bis hin zum Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten. Damit einhergehen steigender Leerstand an Gewerbe- und Wohnräumen. Die Bevölkerungsentwicklung ist unausgewogen, die Arbeitslosigkeit hoch. Es gibt in den betroffe-

nen Gebieten einen hohen Grad an Abhängigkeit von Transfereinkommen wie Sozialhilfe oder Wohngeld. In den Gebieten leben meist große Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund. Häufig ziehen Familien, Erwerbstätige und einkommensstärkere Haushalte weg aus diesen Stadtteilen (Segregation). Als Konse-

quenz nimmt die soziale Ungleichheit zu, es gibt Anzeichen von Verwahrlosung und eine zunehmende Gewaltbereitschaft innerhalb des öffentlichen Raums, die Kriminalität steigt an. Das Image dieser Gebiete verschlechtert sich. Die vielfältigen Problemlagen konzentrieren sich in diesen Stadtteilen und führen zu einer ins-

gesamt negativen Entwicklung. Dabei gibt es ungenutzte Chancen und Potentiale der Menschen und der Örtlichkeiten in den Stadtteilen, da es an Kommunikation und Selbstorganisation mangelt. Sie zu wecken, ist ein Anliegen des Programms.

■ Info:

www.quartiersmanagement-berlin.de



Folgende Anfrage beschloss die BVV-Fraktion der SPD in Friedrichshain-Kreuzberg im Dezember 2007:

»Dringliche Große Anfrage der SPD-Fraktion«

Bedeutung und Krise des Programms Soziale Stadt im Bezirk

1. Wie viele Bürgerinnen und Bürger leben im Bezirk in Quartiersmanagement-Gebieten sowie sonstigen Interventionsgebieten im Rahmen des Programms »Soziale Stadt«?
2. Welche besonderen sozialen bzw. soziostrukturellen Problemlagen sieht das Bezirksamt in diesen Gebieten?
3. Welche Bedeutung misst das Bezirksamt den Interventions- und Beteiligungsmaßnahmen im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« bei?
4. Wie viele Projekte wurden in den Programmjahren seit 2002 aus dem Programm Soziale Stadt im Bezirk gefördert bzw. wie viele Fördervorgänge gab es im Zeitraum 2002 bis 2007? Wie groß war das insgesamt eingesetzte Mittelvolumen im Zeitraum 2002 bis 2007 (bitte in Jahresangaben)?
5. Wie viele Stellen im Bezirksamt sind derzeit mit der Steuerung, Förderung und Kontrolle der Maßnahmen im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« besetzt? Sind Mitarbeiter/innen dieses Bereiches auch mit anderen Aufgabenfeldern betraut als dem Programm »Soziale Stadt«? Wenn ja, in welchem Umfang und seit wann? Welches Ausmaß nimmt dabei die Betreuung des Bundes-Modellprogramms LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke) ein?

6. Wie viele und welche personellen Veränderungen gab es in diesem Bereich seit Anfang dieses Jahres, welche bevorstehenden sind bekannt?
Welche der zum Zeitpunkt September 2007 dort tätigen Mitarbeiter/innen werden im Februar 2008 noch in diesem Bereich tätig sein?
7. Wie lange und in welchem Verfahren wurden die bisher in diesem Bereich eingesetzten Mitarbeiter/innen bzgl. des Programms geschult und qualifiziert? Was hat der Bezirk getan, um speziell geschulte Mitarbeiter/innen zu halten?
8. Hat das Bezirksamt noch speziell geschulte Mitarbeiter/innen in diesem Bereich? Wenn ja: Wie lange noch? Warum werden geschulte Mitarbeiter/innen nicht mehr in diesem Bereich eingesetzt?
9. Welche Schulungen/Qualifizierungen bietet der Bezirk neuen Mitarbeitern/innen?
10. Sind dem Bezirksamt Anfragen, Mahnungen oder Beschwerden von Projektträgern und Zuwendungsempfängern bekannt, insbesondere wegen ausbleibender und verspäteter Auszahlung von Fördergeldern bzw. Vergütungen? Wie viele solcher Anfragen wurden beim Bezirk und beim Senat seit Oktober 2007 eingereicht?
11. Wie viele Verlängerungen von Projekten in das Abrechnungsjahr 2008 hinein sind bisher nicht abschließend gesichert? Welche Projekte sind betroffen?

12. Sind dem Bezirksamt Ermittlungen und Nachfragen des Rechnungshofes bekannt bzgl. der Mittelverwendung im Rahmen des LOS-Programms. Wenn ja: Wie viele und welche Punkte umfassen die Nachfragen des Rechnungshofes? Um welches Mittelvolumen, das der Rechnungshof untersucht, handelt es sich?
13. Trifft es zu, dass bis Juni 2008 sämtliche Projekte und Förderungsvorhaben seit 2002 bis 2006 im Rahmen des Programms Soziale Stadt geprüft und schlussgerechnet sein müssen. Um wie viele Fördervorgänge handelt es sich? Wie groß ist das Mittelvolumen dessen Verwendung ordnungsgemäß nachgewiesen und abgerechnet sein muss?
14. Wie verhält sich das Bezirksamt zu den von Teilen der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfen, dass von Seiten des Bezirksamtes Mitarbeiter/innen von bezirklichen Einrichtungen und von freien Trägern unter Druck gesetzt worden seien, mit der Maßgabe, ihr stadtteilpolitisches Engagement in Einklang mit den Interessen des Bezirksamtes zu bringen, um eventuelle Sanktionen und berufliche Nachteile zu vermeiden?
15. Wie verhält sich das Bezirksamt zu dem von Teilen der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf, dass Bezirksamt hätte Kontakte/Gespräche zum Pestalozzi-Fröbel-Haus (PFH) aufgenommen und darauf gedrängt, dass sich einzelne Mitarbeiter/innen des PFH nicht länger an Unterschriftensammlungen beteiligen, in denen das Bezirksamt insbesondere im Hinblick auf die Weiterführung von bisher über das

- QM finanzierten Projekten kritisiert wird?
- In welcher Weise hat das PFH reagiert? Kann das Bezirksamt bereits jetzt einschätzen, ob die zusätzlich durch den Senat bereitgestellten Mittel für die so genannte fallunspezifische Arbeit (1,8 Mill. Euro berlinweit) auch für Projekte in den so genannten Südblocken am Kottbusser Tor eingesetzt werden können?
16. Welche inhaltlich-fachlichen Diskussionen gab es zwischen dem Bezirksamt und der Schulleitung der Jens-Nydahl-Grundschule (JNG) bezüglich der (Weiter-) Finanzierung eines Projektes im Bereich der Schülerhilfe/Hausaufgabenbetreuung und welches Ergebnis hatten diese?
17. Welche Einrichtung (en) führen bzw. führten derartige Projekte in der JNG durch? Welche Anträge liegen diesbezüglich vor? Bis wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen? Was ist der genaue Projektinhalt? Wie viele Schüler sollen diesbezüglich betreut/gefördert werden?
18. Wie verhält sich das Bezirksamt zu den von Teilen der Öffentlichkeit erhobenen folgenden Vorwürfen gegen Mitarbeiter/innen der bezirklichen Jugendeinrichtung »Naunyn-Ritze«:
- Einzelne Mitarbeiter/innen hätten mit Mitteln aus dem Programm »Soziale Stadt« einen Workshop in Neapel (Italien) durchgeführt, um in diesem Rahmen ihre Programm- und Projektplanung zu beraten und damit diese Mittel zweckentfremdet eingesetzt.

- Die entsprechenden Mitarbeiter/innen hätten mit Honorarmitteln für Projektaktivitäten ihre Gehälter aufgestockt, ohne von ihrem Arbeitgeber eine Zustimmung einzuholen und zudem die durch Honorarmittel finanzierten Leistungen innerhalb ihrer Arbeitszeit vollbracht.
- Der Verein »MIXTUR e. V.« würde eine wichtige Rolle für die Handhabung dieses Finanzgebarens spielen und sei gar nicht gemeinnützig.
19. Falls das Bezirksamt Anhaltspunkte dafür hat, dass diese Vorwürfe zutreffend sind: Was hat das Bezirksamt zur weiteren Aufklärung bzw. Aufarbeitung bisher beigetragen bzw. in welcher Weise wird es weiterhin tätig?
Falls das Bezirksamt Anhaltspunkte dafür hat, dass diese Vorwürfe haltlos sind: Was hat das Bezirksamt unternommen, um die »Naunyn-Ritze« als kommunale Jugendeinrichtung zu unterstützen und Schaden von ihr abzuwenden?
- Welchen Beistand leistet das Bezirksamt in diesem Falle für die Unterstützung der zu Unrecht beschuldigten Mitarbeiter/innen?
20. Gibt es Seiten des Zuwendungsgebers für das Programm »Soziale Stadt« Untersuchungen zur Mittelverwendung von Geldern aus diesem Programm für Angebote der »Naunyn-Ritze«? Wenn ja: Mit welcher Zielstellung und mit welchen bisherigen Ergebnissen?

Berlin, den 11.12.2007

SPD mit Rückenwind für Gute Arbeit, Gerechtigkeit und Innovationen

Der Bundesparteitag der SPD in Hamburg hat deutlich gemacht: Die SPD ist auf dem Weg, ihr Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit und des nachhaltigen Wirtschaftens zu stärken. Der Parteitag und auch die sich daran anschließenden Erfolge in der Großen Koalition haben einen klaren Weg für die nächsten zwei Jahre Regierungspolitik aufgezeigt.

von Björn Böhning, Mitglied des Parteivorstands

Die SPD als Partei der »Guten Arbeit«. Der Einsatz für eine würdevolle Arbeit ist der Markenkern der SPD. Die SPD setzt sich dabei für eine Arbeit ein, von der man sich und seine Familie ernähren kann. In Deutschland ist dieses Ziel in den letzten Jahren aus dem Blick geraten. Stundenlöhne von 3,50 Euro oder 4,00 Euro sind keine Seltenheit mehr. Knapp eine Million Beschäftigte verdienen so wenig, dass sie ihr Gehalt mit dem Arbeitslosengeld II aufstocken müssen. Das heißt konkret: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen trotz aktiver Erwerbsarbeit bei der Arbeitsagentur ihre Lohntüte abholen. Die SPD will diesen Trend stoppen. Deshalb brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro. Nur dieser Mindestlohn sichert die Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, sichert ein Leben in Würde.

Wer 30 Jahre in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, wird künftig nicht schon nach einem Jahr in »Hartz IV« landen.

Die CDU steht für Dumpinglöhne. Sie will, dass niedrige Löhne zur Regel werden. Solange die CDU einen gesetzlichen Mindestlohn blockiert, wird die SPD in einzelnen Branchen Mindestlöhne für allgemeinverbindlich erklären. Das ist das Modell bei der Post: Ein gültiger Tarifvertrag wird künftig für alle Bereiche der Briefzusteller gelten. Das heißt: Dumpinglöhne und würdelose Arbeitsplätze werden ver-

hindert, gute Arbeitsplätze werden geschaffen. Das ist der Erfolg der SPD. Nun geht es auch darum, in der Leiharbeitsbranche einen Mindestlohn durchzusetzen. Auch hier besteht ein gültiger Tarifvertrag. Damit wird sichergestellt, dass Leiharbeiter und Stammbeschäftigte nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Das sichert nicht nur den Stundenlohn, es schafft auch Sicherheit am Arbeitsplatz!

Gute Arbeit heißt auch gute Qualifizierung. Die SPD will in den nächsten Monaten ein Recht auf Weiterbildung durchsetzen. Jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin soll künftig einen Rechtsanspruch auf Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen erhalten. Das wäre ein klarer Fortschritt, denn die Finanzierbarkeit von Weiterbildung hängt in Deutschland immer noch zu sehr von der eigenen Lohnhöhe ab. Mehr Weiterbildung statt weniger Qualifizierung lautet die Devise.

Stundenlöhne von 3,50 Euro oder 4,00 Euro sind keine Seltenheit mehr.

Die SPD sichert soziale Gerechtigkeit. Zwei Erfolge unterstreichen, dass die SPD in der Großen Koalition sozial gerechte Politik nicht nur fordern, sondern auch umsetzen kann:

Die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I hat eine klare Gerechtigkeitlücke geschlossen. Wer 30 Jahre in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, wird künftig nicht schon nach einem

Jahr in »Hartz IV« landen. Gerade für ältere Arbeitnehmer, die nach wie vor schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, sorgt diese Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I für ein höheres Maß an Sicherheit. Außerdem schafft diese Regelung soziale Gerechtigkeit und achtet die Lebensleistung der Menschen.

Zweitens hat die SPD klargemacht: In Deutschland wird niemand mit 58 Jahren »zwangsverrentet«. Die Veränderung der so genannten 58er-Regelung sorgt dafür, dass arbeitslose Menschen weiterhin die Chance auf einen Arbeitsplatz erhalten, ohne in die Rente »abgeschoben« zu werden. Auch das ist sozial gerecht.

Damit ältere Menschen zukünftig bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten, hat die SPD eine »Initiative 50 Plus« gestartet. Mit Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen werden die Jobchancen Älterer erhöht und das Erfahrungswissen dieser Menschen bleibt nicht länger ungenutzt. Jetzt sind die Unternehmen dran: Es kann nicht sein, dass in Deutschland viele Unternehmen keine Menschen mehr beschäftigen, die älter als 50 Jahre sind. Hier brauchen wir ein Umdenken statt fauler Ausreden!

Innovationen in Umwelt- und Klimaschutz

Arbeit und Umwelt sind keine Gegensätze. Auf dem Hamburger Parteitag hat die SPD einen Antrag beschlossen, der in den Bereichen Umwelt, erneuerbare Ener-

gien und Energieeffizienz neue Arbeitsplätze schaffen will. Mit dieser sozialdemokratischen ökologischen Industriepolitik leistet Deutschland einen Beitrag zur Abschwächung des weltweiten Klimawandels und schafft gleichzeitig Arbeitsplätze.

Arbeit und Umwelt sind keine Gegensätze.

Auf Initiative der SPD hat die Bundesregierung beschlossen, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40% zu senken. Das ist weit mehr, als andere Industrieländer sich vornehmen. Damit sind Initiativen für Energieeinsparung, Investitionen in erneuerbare Energien (Wind, Sonne, Biomasse und Co.) sowie effiziente, grüne Technologien verbunden. Beispielsweise soll das erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm fortgesetzt werden. Dadurch werden Gebäude energetisch saniert und gleichzeitig Arbeitsplätze z. B. im Baubereich geschaffen. Auch in Berlin wird dieses Programm erfolgreich eingesetzt.

Ein weiteres positives Beispiel ist die Förderung des Emissionshandels. CO₂-Schleudern, seien es Kraftwerke oder Fabriken, werden in Zukunft immer teurer, Investitionen in Energieeinsparung oder solare Energien immer attraktiver. Das ist ein guter Mix für Beschäftigung und Umweltschutz. So soll mit der Fortschreibung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes der Anteil erneuerbarer Ener-

gien im Strombereich von derzeit 13% auf 25-30% im Jahr 2020 steigen.

Klar ist auch: In der Großen Koalition ist die SPD der Garant für den Ausstieg aus der lebensgefährlichen Atomenergie. Die Union hätte schon längst die Verlängerung der Laufzeiten für alte Atomkraftwerke beschlossen. Das würde bedeuten: längere Laufzeiten für Bruchbuden wie Biblis oder Brunsbüttel. Die strahlende Gefahr würde noch künftige Generationen belasten. Die SPD verhindert dies.

In der Großen Koalition ist die SPD der Garant für den Ausstieg aus der lebensgefährlichen Atomenergie.

Rückenwind aus Hamburg

Der Hamburger Parteitag der SPD hat Rückenwind gegeben: Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit, der »Guten Arbeit«, die Partei der Innovationen und des Klimaschutzes. Auch wenn es schwierig ist, dies gegen die Union durchzusetzen, die SPD hat Erfolge vorzuweisen. Hamburg hat auch gezeigt: Nach Jahren der sozialpolitischen Ungewissheit hat die SPD wieder zu einem klaren Profil gefunden: Die Schaffung von Arbeitsplätzen und soziale Gerechtigkeit werden nicht mehr gegeneinander ausgespielt, sondern zusammen umgesetzt. Gerechtigkeit und Innovation haben also bei der SPD ein gemeinsames Zuhause. Nun gilt es, den Weg des Hamburger Parteitages konsequent zu verfolgen und in der Großen Koalition durchzusetzen.

Ein neuer Standort für das SPD-Kreisbüro

von Thomas Stender



Die SPD hat ihr Kreisbüro von Friedrichshain nach Kreuzberg verlegt. Seit Anfang Dezember wird die Arbeit in großzügigen Räumen organisiert, die unweit der U-Bahn-Station Möckernbrücke (Linien U1 und U7) liegen.

Die Mitarbeiterin des Kreisbüros, Yasemin Gürbüz, erledigt die Verwaltungstätigkeit des Kreises. Während der Bürozeiten (Montag bis Freitag von 9.00 bis 13.00 Uhr) steht sie zudem für Bürgerfragen zur Verfügung. Jeder interessierte Bürger ist eingeladen, sich mit Fragen an das Kreisbüro zu wenden. Kann keine unmittelbare Antwort erfolgen, können Ansprechpartner benannt werden.

Info: Kreisbüro

SPD Friedrichshain-Kreuzberg
Großbeerenstraße 83
10963 Berlin-Kreuzberg
Telefon: 030/2 91 25 78
Telefax: 030/27 57 36 60
E-Mail: info@spd-xhain.de
www.spd-xhain.de

Bleibt noch zu erwähnen, dass die Galerie »Revaler«, die in der Vergangenheit zahlreichen Künstlern Gelegenheit gab, ihre Werke der Öffentlichkeit zu präsentieren, in den neuen Räumen fortgeführt wird.

Das Internet verändert die politische Kommunikation

von Peter Schink

Das Internet hat in den vergangenen drei bis vier Jahren seinen Charakter deutlich verändert: Immer mehr Menschen publizieren dank immer einfacher werdender technischer Mittel. Das Netz entwickelt sich vom Sende-Medium zum Mitmach-Medium. Bekannteste Beispiele hierfür sind die unzähligen Blogs, aber auch Seiten wie die Community MySpace, die Videoplattform YouTube oder die Fotoseite Flickr. Keine Frage – diese Entwicklung erfasst auch die politische Kommunikation.

Insbesondere vor Wahlen gab es bislang zahlreiche Internet-Plattformen, wo Wähler direkt mit Politikern kommunizieren konnten – etwa die Kandidatenfragen auf »kandidatenwatch.de« oder Chats bei »politik-digital.de«. Viele Kandidaten führten erstmals zur Bundestagswahl 2005 ein eigenes Weblog.

Inzwischen lassen sich Parteimitglieder, Wähler und Sympathisanten mit Hilfe einer Fülle unterschiedlicher technischer Mittel erreichen. Die SPD hat vor wenigen Wochen die Community »meinespd.net« gestartet. Bundeskanzlerin Angela Merkel betreibt ihr eigenes Videoblog. Und Hillary Clinton verschickt im Kampf um die US-Präsidentschaft inzwischen SMS an ihre Anhänger per »Twitter.com«. You-

Tube und CNN sammeln online Videos für TV-Wahlkampfdebatten.

Dialog zwischen »unten« und »oben«

Vor allem aber sorgt das Internet in der politischen Kommunikation für etwas Neues: für den direkten, stetigen und vielfältigen Dialog zwischen »unten« und »oben«, zwischen Mitgliedern/Wählern und den Spitzenpolitikern/Mandatsträgern.

Dementsprechend wird mittlerweile auch zwischen den Wahlen mehr und mehr per Internet über und mit Politik kommuniziert. Vor kurzem ist die Plattform »Trupoli« an den Start gegangen, wo Politiker nicht nur bewertet werden, sondern auch ihre Aussagen zu allen nur denkbaren Themen zu finden sind. Ein anderes Beispiel, die Diskussionsplattform »politik.de«, verzeichnet inzwischen mehrere tausend Beiträge pro Monat.

Diese Entwicklung stellt Politik vor zwei Herausforderungen. Zum einen wird wesentlich mehr kommuniziert – das kostet Zeit, gerade in Wahlkämpfen. Zum anderen wird die Politik gezwungen, sich auf die rasante Änderung der Kommunikationsstruktur einzustellen: Politik muss

sich an den scheinbaren Kontrollverlust in der Kommunikation gewöhnen. Wie schnell ist eine Verleumdung geblotgt und steht für jedermann zugänglich im Internet. Zudem müssen Parteien und Mandatsträger mit der schnellen technischen Entwicklung Schritt halten. Wie bekomme ich eine gute Internetseite? Wie richte ich einen Newsletter ein? Ist es sinnvoll zu bloggen? Wie beantworte ich Fragen auf »kandidatenwatch.de«? Solche und andere Fragen stehen nun im Raum und sind zu beantworten.

Die Sinnfrage ist kaum zu beantworten

Die Sinnfrage ist bei alledem offen. Was bringt die vielfältige Kommunikation für die persönliche Effizienz? Wie viel politische Kommunikation im Internet ist gut? Aus heutiger Sicht kann die Frage nur umgekehrt beantwortet werden: Wo keine Nutzer sind, sind Kommunikationsversuche wenig sinnvoll. Viele bloggende Bundestagskandidaten mussten im vergangenen Bundestagswahlkampf schmerzhaft erfahren, dass pro Tag nur einige Dutzend Wähler den Weg auf ihre Seiten fanden.

Wer aber neue Möglichkeiten der Kommunikation im Internet gar nicht erst testet, hat schon verloren. Die SPD hat sich in den vergangenen Jahren immer als Vorreiter gezeigt, ob mit »meinespd.net« oder bereits davor mit »spd-online.de« und zahlreichen Wahlkämpfe begleitenden Internet-Aktivitäten. Die nächsten Jahre werden spannende Entwicklungen mit sich bringen: Warum nicht Wahlprogramme per Internet erstellen? Oder eine Kampagne für Mindestlöhne online organisieren? Oder per »twitter.com« Unterstützer über aktuelle Termine per SMS informieren? Der Möglichkeiten gibt es viele. Wir werden sie nutzen.



Impressum:

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.):
Soner Ipekcioglu

Redaktion:
Angelika Müller
Volker Härtig
Soner Ipekcioglu

Lektorat:
Angelika Müller

Fotoredaktion:
Angelika Müller
Sebastian Forck
Soner Ipekcioglu

E-Mail:
rb@diesetzer.de

Herausgeber:
SPD Kreis
Friedrichshain-Kreuzberg
Großbeerenstraße 83
10963 Berlin

Telefon: 030/2 91 25 78
Fax: 030/27 57 36 60

Url: www.spd-xhain.de

Satz & Layout:
Soner Ipekcioglu

Produktion:
Die Setzer.
Solmsstraße 24 · 10961 Berlin
Telefon: 030/25 09 93 31
Fax: 030/25 09 93 35
Url: www.diesetzer.de
E-Mail: info@diesetzer.de

Die Artikel geben die Meinung der jeweiligen Verfasser und nicht unbedingt die der Redaktion wieder.

Friedrichshain-Kreuzberg – ein Bezirk der Kreativen

von Dr. Peter Beckers (SPD), Bezirksstadtrat für Wirtschaft, Bürgerdienste und Ordnungsamt

Metropolen wie Paris, London und New York führen den Beweis: Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Tätigkeit kreativer Menschen in einem Raum und der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit dieses Raumes. Schließlich bilden Kreative in unserer Wissensgesellschaft das Nachwuchsreservoir für dringend benötigte neue Ideen und für qualifizierte Arbeitskräfte. Beides wirkt unmittelbar auf die Attraktivität eines Lebens – und Wirtschaftsraumes.

Die Forscher sollten herausfinden, welche kreativen Potenziale im Bezirk stecken

Wer bisher offenen Auges durch den Bezirk ging, ahnte es bereits: Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk der Kreativen. Diese Beobachtung wird nun durch eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bestätigt. Die Studie zur Kreativwirtschaft im Bezirk wurde in meinem Auftrag erstellt. Die Forscher sollten herausfinden, welche kreativen Potenziale im Bezirk stecken und wo angesichts knapper Ressourcen effiziente Unterstützung ansetzen kann.

Zum Bereich der Kreativwirtschaft zählen acht untersuchte Teilmärkte: Buch- und Presse, Film- und Fernsehen, Kunstmarkt, IuK-Technologien, Musik, Werbung, Architektur, Darstellende Kunst. Festgestellt wurde für unseren Bezirk eine vergleichsweise hochgradige Individualisierung der jungen, kleinen Kreativunternehmen. Ihre Wachstumsraten sind mit 30% doppelt so hoch wie im Berliner

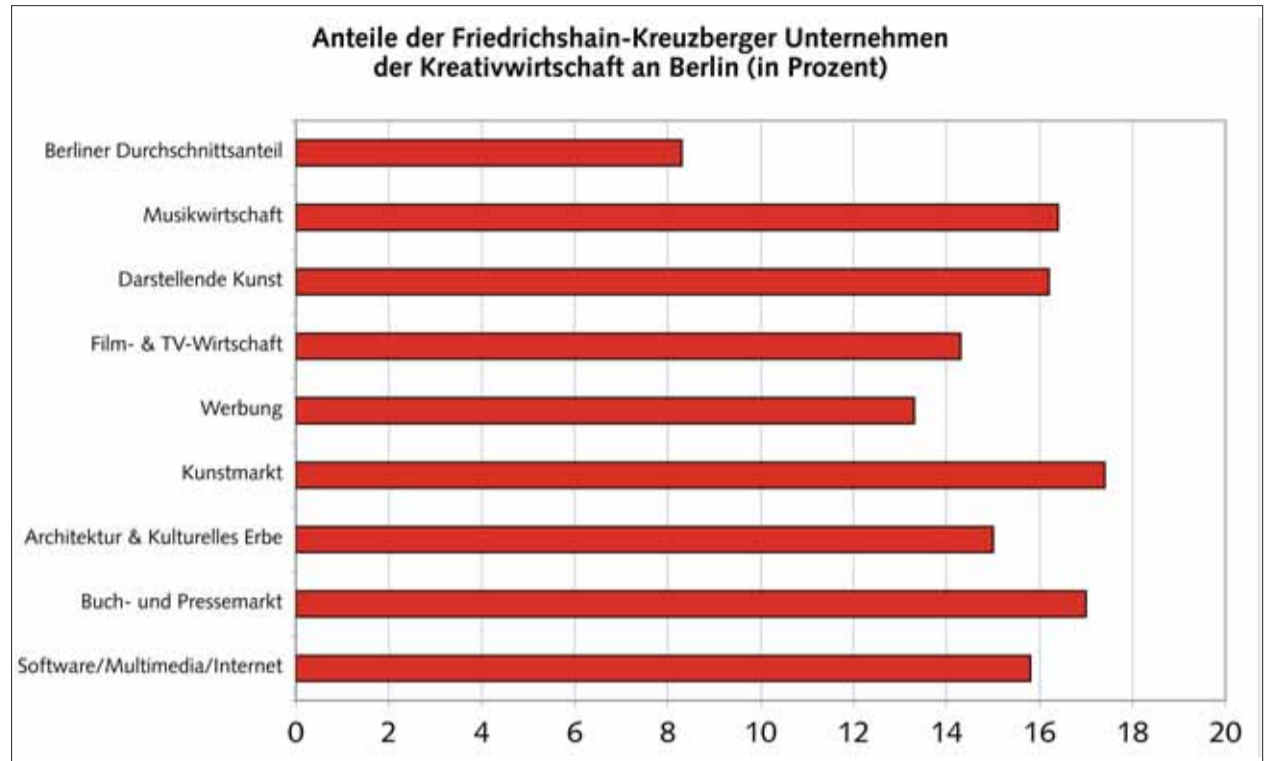
Durchschnitt. Mit 42% wird beinahe die Hälfte des Berliner Umsatzes dieser Märkte in Friedrichshain-Kreuzberg erwirtschaftet. Etwa jedes achte kreative Berliner Unternehmen hat seinen Sitz im Bezirk.

Aktuell arbeitet sogar jeder vierte bildende und darstellende Künstler Berlins hier. Gemeinsam mit dem Stadtteil Prenzlauer Berg und mit Teilen von Mitte bildet der Bezirk das Rückgrat der Kreativwirtschaft in Berlin und stellt im Gefüge der Akteure und Unternehmen für die stadträumlichen, sozialen, kulturellen und gerade auch für den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess den Nährboden dar, so das Fazit der Studie.

Festgestellt wurde eine vergleichsweise hochgradige Individualisierung der jungen, kleinen Kreativunternehmen

Die Studie belegt auch die große Bedeutung der Kreativwirtschaft im Bezirk: Etwa jedes vierte Unternehmen (26%), jeder zwölfte Erwerbstätige (8%) und ein Drittel (35%) des Umsatzes von 3,3 Mrd. Euro fallen auf die genannten Teilmärkte.

Eine räumliche Verdichtung der Kreativen findet sich vor allem im früheren Stadtteil »SO 36«, im Bergmannkiez, im Samariter-Viertel und im Kiez rund um den Boxhagener Platz. Die Mehrzahl der befragten Akteure schätzen ihre wirtschaftliche Entwicklung optimistisch ein. Diese Antwort überrascht, weil viele Kreative nur über ein geringes Einkommen verfügen. Hier scheint es eine Aufbruchstimmung zu geben, auf die eine



gezielte Unterstützung durch die Wirtschaftsförderung des Bezirks aufbauen kann.

Etwa jedes achte kreative Berliner Unternehmen hat seinen Sitz im Bezirk

Allerdings sind die Bedarfe an Unterstützung der einzelnen Unternehmen und Akteure sehr unterschiedlich. Angesichts der schwierigen bezirklichen Haushaltslage muss sehr genau hingesehen werden,

wie die Ressourcen wirksam und effizient eingesetzt werden können. Die Studie empfiehlt beispielsweise eine qualitätsgesicherte Beratung des Kreativen in seiner Rolle als Unternehmer, die Einbeziehung von ehrenamtlichen Business Angels, die Vernetzung unterschiedlicher Fähigkeiten von Akteuren zum gemeinsamen wirtschaftlichen Nutzen, die Unterstützung bei der Vermarktung von Produkten, den Ausbau der Dialogstruktur im Sinne eines Creative Board mit Kreativen, Banken, Sponsoren und Mäzenen, JobCenter,

Bündnis für Wirtschaft und Arbeit, Hochschulen, Landesverwaltungen u. a. m.

Aktuell arbeitet sogar jeder vierte bildende und darstellende Künstler Berlins hier

Das Jahr 2008 soll das Jahr der Kreativen werden. Die Künstler in unserem Bezirk zu unterstützen, ihre Einkommenssituation zu verbessern und ihr Image zu stärken und zu unterstützen, ist ein zentrales Ziel der Wirtschaftsförderung dieses Bezirks.

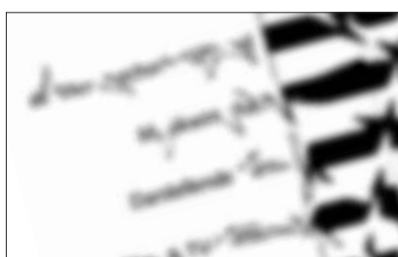
Haushalt fatal

von Andy Hehmke, SPD-Fraktionsvorsitzender in der BVV

Der Haushaltsplan 2008/09 von Friedrichshain-Kreuzberg sorgte in den vergangenen Monaten für heftigen Streit zwischen den Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Mit der Begründung, dass die Rahmendaten dieses Haushalts unverantwortlich seien und zu weiteren Einschnitten in die soziale Infrastruktur des Bezirks führen würden, lehnten alle Fraktionen – mit Ausnahme der SPD – den Haushalt ab. Man wolle dem Senat mal zeigen, wo der Hammer hänge, wo es nicht mehr so weitergehen könne wie bisher, so der Tenor der »mutigen Verweigerer«, v. a. aus den Reihen der Grünen und der Linken.

Die rot-rote Koalition im Senat hat mit allen Bezirken Entgegenkommen hinsichtlich der Finanzausstattung einzelner Bereiche gezeigt.

Mittlerweile hat die rot-rote Koalition im Senat nach längerer Diskussion mit allen zwölf Bezirken Entgegenkommen hinsichtlich der Finanzausstattung einzelner Bereiche gezeigt.



Es gibt z. B. mehr Stellen für den Kinderschutz, eine Aufstockung der Mittel für die Schuldnerberatung, subventioniertes Mittagessen an gebundenen Ganztagschulen, mehr Mittel für die bauliche Unterhaltung der bezirklichen Gebäude, eine Ausweitung der Sprachförderung (Mütterkurse) und deutlich mehr Zuweisungen für Erziehungshilfen, also für die Unterstützung von Familien, als zuvor geplant. Das entspricht den Forderungen

der SPD-Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in allen Berliner Bezirken. Am 6. Dezember beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus den Landeshaushalt für 2008/09. Damit steht endgültig fest, wie viel Geld die Bezirke erhalten. Dennoch weigern sich Grüne und Linke im Bezirk weiterhin, den Haushalt zu beschließen. Nachdem beide Parteien nach der Wahl 2006 ein Bündnis eingegangen sind und die Mehrheit in der BVV stellen, müssten sie eigentlich bereit sein, Verantwortung zu tragen. Dies tun sie aber kaum. Vielmehr haben vor allem die Grünen einen Politikstil entwickelt nach dem Motto: »Für alles, was gut läuft im Bezirk, sind die Grünen verantwortlich, für alle Probleme der Senat und insbesondere Thilo Sarrazin.«

Wir sehen wir uns in der Pflicht, die Landespolitik weiterhin auf ihre Verantwortung für die Handlungsfähigkeit der Bezirke hinzuweisen.

»Dass die Linke hier sekundiert und um den Preis der eigenen Unglaubwürdigkeit und Nicht-Wahrnehmbarkeit für diese Politik leise Unterstützung liefert, kann nur verwundern. Weil der Bezirk keinen Haushalt beschloss, ist ab 1. Januar die so genannte vorläufige Haushaltswirtschaft in Kraft getreten. Das heißt, dass viele Maßnahmen, z. B. im Sozialbereich oder auch neue Bauvorhaben, gar nicht realisiert werden können. Somit ist die fortgesetzte Ablehnung des Haushalts von Nachteil für den Bezirk und führt zu mehr, vor allem aber zu völlig unnötigen Einschnitten bei kommunalen Einrichtungen, freien Trägern und individuellen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Die SPD-Fraktion wird weiter um die Zustimmung zum Haushalt werben, um Planungssicherheit zu erreichen. Allerdings sehen wir uns genauso in der Pflicht, die Landespolitik weiterhin auf ihre Verantwortung für die Handlungsfähigkeit der Bezirke hinzuweisen.«



Erfolgreiche Finanzpolitik für die nächsten Jahre

von Stefan Zackenfels, finanzpolitischer Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin

Der Doppelhaushalt 2008/2009, der im Dezember 2007 im Abgeordnetenhaus verhandelt wurde, ist in mehrerer Hinsicht ein besonderer. Er ist nicht nur der erste Haushalt nach der Abgeordnetenhauswahl im September 2006, sondern auch der erste Haushalt nach dem für Berlin so verheerenden Verfassungsgerichtsurteil aus Karlsruhe.

Die Mehreinnahmen werden in vollem Umfang zur Abzahlung von Schulden verwandt

Im Mittelpunkt stand die Herausforderung, ein konjunkturbedingtes freundliches Umfeld zur Schuldentilgung zu nutzen, ohne die notwendigen Schwerpunkte bei den Investitionen zu vernachlässigen. Wir haben diese Aufgabe in der SPD-geführten Koalition erfolgreich bewältigt. Die Ausgaben bleiben konstant bei rund 19 Milliarden Euro pro Jahr. Die Mehreinnahmen werden in vollem Umfang zur Abzahlung von Schulden verwandt 473

Millionen Euro im Jahr 2008, knapp 100 Millionen Euro im Jahr 2009. Das ist und bleibt für die kommenden Jahre der finanzpolitische Weg der Vernunft.

In unserem Haushalt findet sich alles wieder, was wir im Wahlkampf angekündigt hatten und wofür wir gewählt wurden. Das letzte Kita-Jahr ist kostenlos – im August 2007 haben Tausende Familien ihren Freistellungsbescheid erhalten. Mit der SPD wird es auch weiterhin keine Studiengebühren geben. Zum Dritten beginnen wir wie angekündigt mit der Gemeinschaftsschule. Doch legen wir auch besonderen Wert auf Bewährtes. Das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm zum Beispiel wird unverändert in Höhe von insgesamt 41 Millionen Euro fortgesetzt. Für die Städtebauförderungsmaßnahmen Soziale Stadt und Stadumbaue Ost sind insgesamt 100 Millionen Euro im Jahr zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus setzt der Entwurf eine Reihe von neuen Aufgabenschwerpunkten: 40 Millionen Euro jährlich sind für die Exzellenzini-

tiative und die Förderung Berliner Hochschulen eingeplant, für die Sanierung unserer Grundaussstattung mit Bädern setzen wir 50 Millionen Euro aus dem Verkauf der GSG ein. Ferner finanzieren wir besondere Einstellungskorridore für Feuerwehr, Justiz und Polizei. Klar ist aber auch, was in diesem Haushalt nicht zu finden sein wird: Der Verkauf landeseigener Wohnungsbestände, wie ihn uns das Urteil des Verfassungsgerichtes nahe gelegt hat. Wir stehen zu den 270.000 Wohnungen im öffentlichen Bestand – und wir stehen damit zugleich für einen Effizienzgewinn in der Bewirtschaftung dieser Bestände. Allein aus der Dividendenausschüttung der landeseigenen Wohnungsunternehmen fließen eine Million Euro in unseren Haushalt. Zusammenfassend sei gesagt: Wir haben gehalten, was wir versprochen haben, und wir stocken dort auf, wo es für die Zukunft Berlins notwendig ist. Mit diesem »Policy-Mix« legen wir die Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Finanzpolitik der nächsten fünf Jahre in unserer Stadt.

Kaum genutzte Chance zur Überwindung von Bildungs- und Integrationshemmnissen

von Sigrid Klebba, Stadträtin für Bildung, Kultur, Sport und Finanzen

Kulturelle Bildung ist beides: ein Begriff, der in der öffentlich geführten politischen Diskussion leicht und gern über die Lippen kommt und kaum genutzte Ressource. Letzteres deshalb, weil die Einsicht, hinreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sich nur sehr zögerlich durchsetzen kann. Die jetzt getroffene Entscheidung des Abgeordnetenhauses von Berlin, im Doppelhaushalt 2008/09 landesweit insgesamt 3,5 Mio Euro für diesen speziellen Bildungsauftrag auf der Grundlage eines ressortübergreifenden Rahmenkonzeptes bereitzustellen, ist ein Anfang.

Der Ansatz einer ganzheitlichen Bildung, die kognitive, sinnlich-emotionale und ästhetische Komponenten in sich vereint, ist nicht neu. Nur blieb das Bewusstsein, wie (über-) lebenswichtig ein solcher Ansatz für eine positive Gesellschaftsentwicklung werden könnte, über lange Phasen in seiner Entwicklung zurück.

Die Zusammenführung der Felder »Kultur« und »Bildung«, die damit einhergehende Aufwertung fußen auf der Erkenntnis, dass der Mensch umfassenderer Schlüsselqualifikationen bedarf, soll er sich in der komplexen, von Vielfalt geprägten gesellschaftlichen Realität zurechtfinden.

Für eine individuelle Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung braucht er ein Bewusstsein von »sich selbst«, um sich den Herausforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft stellen zu können

und nicht an Überforderung zu scheitern. Die Fähigkeit zur Kommunikation, Bewertung und Entscheidung ist Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Perspektive.

Kulturelle Bildung stellt die Basis, auf der alle Teile der Gesellschaft sich versammeln können.

Kulturelle Bildung stellt die Basis, auf der alle Teile der Gesellschaft sich versammeln können, um den Weg gemeinsam zu gehen. Es reicht nicht, wenn Zugänge zur kulturell-künstlerischen Auseinandersetzung nur »vererbt« werden, es muss zentrale Bildungsaufgabe sein, alle Kinder und Jugendlichen zur künstlerisch-kreativen Ausdrucksform zu motivieren und zu befähigen, unabhängig von ihren familiären Bedingungen.

Die Fähigkeit zur Kommunikation, Bewertung und Entscheidung ist Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Perspektive.

Unsere bezirklichen Kultur- und Bildungseinrichtungen – das Ballhaus Naunynstraße, die kommunalen Galerien, Kunstraum Bethanien, Galerie im Turm und Alte Feuerwache Marchlewskistraße, das Bezirksmuseum am Kottbusser Tor, unsere 5 Bibliotheksstandorte sowie die Volkshochschule und Musikschule – stellen sich die-

sem Anspruch und verknüpfen ihre Arbeit mehr und mehr mit Schulen und Kindertagesstätten, mit Jugendeinrichtungen und Trägern von Jugendkulturprojekten. Als Beispiel seien hier die verbindlich vereinbarten Partnerschaften mit Schulen angeführt, die im Rahmen der »Offensive Kulturelle Bildung« des Rates für die Künste entstanden. Die Bibliotheken arbeiten in der Sprach- und Leseförderung eng mit Kindertagesstätten und Schulen zusammen.

Um kommunalpolitische Schwerpunkte setzen zu können, bedarf es der Ausgewogenheit einer verlässlichen Grundausstattung.

Die Musikschule kooperiert ebenso mit Schulen und Kindertagesstätten. Ihre wichtigste Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche, denn aktive musikalische Betätigung ist nicht nur geeignet, die Teilhabe an kultureller Bildung gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche zu erhöhen, sie ist auch bedeutsam für die gesamte Entwicklung junger Menschen.

Als Partner in Kooperationsprojekten sorgt die Volkshochschule für Know-how und personelle Ressourcen. Mit der Vergrößerung des Angebotes an kultureller Bildung im Programmteil »junge vhs«, mit dem Ausbau der Kooperationen mit Jugendeinrichtungen und Schulen im Ganztagsbereich und dem Aufbau einer Zusam-

menarbeit bei Kunst- und Leistungskursen kann die Volkshochschule einen weiteren Beitrag zur Stärkung kultureller Bildung leisten.

Ziel muss es sein, die künstlerischen Ausdrucks- und Auseinandersetzungsformen aller kulturellen Bereiche zum unverzichtbaren Bestandteil von Wissensvermittlung und Erziehung zu machen. Lehrer und Künstler/Kulturschaffende sind hier gleichermaßen Träger pädagogischer Prozesse.

Die Umsetzung des Auftrages des Abgeordnetenhauses vom 9. März 2006 zur Entwicklung eines ressortübergreifenden Rahmenkonzeptes für kulturelle Bildung in Berlin muss verstärkt Bezug nehmen auf die Bestandsaufnahme und die Initiierung von so genannten »Best-Practice«-Modellen. In den bezirklichen Kultureinrichtungen ist kulturelle Bildungsarbeit Voraussetzung, Bestandteil und Ergebnis ihres »Kerngeschäftes«. Hier entstehen die Perspektiven für gelungene Zugänge und produktive Auseinandersetzung mit den kulturellen Prägungen, Traditionen und Erfahrungshorizonten innerhalb der multikulturellen Stadtgesellschaft. Ein populistisches Strohflecken mit neuen, schicken Projekten ohne bezirkliche Anbindung wird nicht benötigt.

Alle beteiligten Institutionen des Bildungs- und Kulturbereiches brauchen ein übereinstimmendes Verständnis, um ge-

meinsam den Auftrag erfolgreich bewältigen zu können.

Kulturelle Bildung ist ein wesentliches Element, damit Kinder und Jugendliche dem »Ernst des Lebens« mit einer Perspektive begegnen können.

Um hier kommunalpolitische Schwerpunkte setzen zu können, bedarf es der Ausgewogenheit einer verlässlichen Grundausstattung sowie temporär einzuwerbender Drittmittel. Die bestehenden schulischen und außerschulischen Handlungsfelder unserer Einrichtungen strukturell wie finanziell stärken und ausbauen, so lautet deshalb die Anforderung, die an das Rahmenkonzept zur aktuellen Ressourcenerweiterung für die kulturelle Bildung auf gesamtstädtischer Ebene gestellt werden muss. Die mit unseren kommunalen Einrichtungen verknüpften Handlungsfelder und kulturellen Projekten sind hervorragend geeignet, im Rahmen eines landesweiten Ausbaus der kulturellen Bildung verlässlich und systematisch gestärkt und ausgebaut zu werden.

Für die SPD Friedrichshain-Kreuzberg ist kulturelle Bildung kein schmückendes Beiwerk für seine Kulturinstitutionen, sondern unverzichtbarer Bestandteil der elementaren Grundversorgung zur Überwindung von Bildungsbenachteiligung und zur Förderung einer erfolgreichen gesellschaftlichen Teilhabe von Familien, Kindern und Jugendlichen in unserem Bezirk.

Mehr Rechte für Kinder

Plädoyer für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz

von Canan Bayram, MdA, Rechtsanwältin und Mitglied des Kinderschutzbundes

Wie unglaublich die Familienpolitik der CDU und ihrer Familienministerin ist, zeigt sich bei deren Haltung zur Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.



ken für das gesunde Aufwachsen von Kindern rechtzeitig zu begegnen und bei konkreten Gefährdungen des Kindeswohls konsequent durch wirksame Hilfen für den notwendigen Schutz zu sorgen.«

Nach Ansicht von Frank Walter Steinmeier wäre die Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung »mehr als eine symbolische Tat«, weil »das Wohl der Kinder bei Entscheidungen in der Politik oder bei Gericht künftig stärker gewichtet würde.«

Das Wohl der Kinder bei Entscheidungen in der Politik oder bei Gericht muss künftig stärker gewichtet werden

Auch Bundesverfassungsrichterin Christine Hohmann-Dennhardt plädierte für eine Erweiterung des Grundgesetzes. Ein solcher Schritt würde »verdeutlichen, dass Eltern nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber ihren Kindern haben«, sagte sie. Gleichzeitig würden staatliche Institutionen »mehr als bisher verpflichtet, Familien bei der Sorge um ihre Kinder zu unterstützen.«

Die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz ist absolut unterstützenswert und längst überfällig. Bei der Durchsetzung der Ansprüche – z. B. durch Verfassungsbeschwerden – wären die Interessen der Kinder gestärkt und ihnen könnte besser Geltung verschafft werden. Hierbei hilft der Hinweis auf den allgemeinen Schutz der Menschenwürde nicht weiter, da Kinder aufgrund ihrer Hilfsbedürftigkeit gerade auf die Unterstützung durch die Eltern bzw. den Staat angewiesen sind.

Da ist es nur konsequent, wenn die Kinderrechte auch in die Berliner Verfassung aufgenommen werden. Derzeit berät die rot-rote Koalition darüber, in welcher Fassung die Aufnahme erfolgen könnte.

Unter www.kinderrechte-ins-grundgesetz.de führen der Kinderschutzbund, das Deutsche Kinderhilfswerk und das Deutsche Komitee für UNICEF in einem Aktionsbündnis für Kinderrechte eine Abstimmung für die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung durch. Bislang wurden bereits 11957 Stimmen abgegeben. Auch Sie können Ihre Stimme dort abgeben.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Bundestag meint, dass die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz »gefährlich« sei und »sinnvoll wie Zebrastrifen auf einer Formel-1-Piste.«

Der Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, die Rechte von Kindern in der Verfassung abzusichern, wurde von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückgewiesen.

In einem »7 Punkte-Plan für Kinderschutz« haben die SPD-regierten Bundesländer folgenden Textvorschlag zur Ergänzung von Art. 6 des Grundgesetzes gemacht:

»Jedes Kind hat das Recht auf eine positive Entwicklung und Entfaltung sowie auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit. Es ist das Recht und die besondere Pflicht der Eltern, hierfür Sorge zu tragen. Darüber wacht die staatliche Gesellschaft; sie hat die Aufgabe, Eltern frühzeitig bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung für Pflege, Bildung und Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen, Risi-

Lokales Bündnis für Familie gegründet

von Canan Bayram, MdA, Rechtsanwältin

Um die Familien vor Ort zu stärken und die Kommunikation zwischen den Kulturen und Generationen in Friedrichshain zu verbessern, gründete unsere direkt gewählte Abgeordnete und frauenpolitische Sprecherin der Berliner SPD-Fraktion, Canan Bayram, gemeinsam mit den Trägern der Kinder- und Familienarbeit »Das Haus«, »Familie und Nachbarschaft«, »Schülerladen 035«, »BUF«, »Spielwagen« und der »AWO« Friedrichshain-Kreuzberg das **Friedrichshainer Bündnis für Familie**. Koordinator und Sprecher des

lokalen Bündnisses ist unser Bezirksstadtrat a. D. Lorenz Postler (SPD). Das ehrenamtlich arbeitende lokale Bündnis schließt zur Unterstützung von Familien offizielle Partnerschaften, die per Vereinbarung unterzeichnet und veröffentlicht werden. Gewerbetreibende, Vereine, Selbstständige, Betriebe, Institutionen, Initiativen, Einzelpersonen, Verbände etc. erklären in diesen Vereinbarungen, welche zusätzlichen Ressourcen sie zur Unterstützung von Familien zur Verfügung stellen können. So wird eine große Verkaufseinrich-

tung die Instandhaltungspatenschaft für einen Spielplatz übernehmen, eine Paten-Oma wird Kindern etwas vorlesen und ein medienbekannter Schuldnerberater wird eine kostenlose Finanzberatung für junge Familien anbieten.

Info:

Wenn auch Sie sich für das lokale Bündnis interessieren, können Sie u. a. mit Canan Bayram (MdA) Kontakt aufnehmen. Weitere Informationen gibt es unter www.familie-in-friedrichshain.de.



Mehr Geld für den Kampf gegen Rechts

von Dr. Susanne Kitschun, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus

Die stetig wachsende Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten vor allem auch in Friedrichshain ist zutiefst beunruhigend. Daher – und weil es zudem nicht länger hinnehmbar ist, dass rechtsextreme Hetze mit Steuergeldern finanziert wird – dürfen wir in unserem Bemühen, ein NPD-Verbot durchzusetzen, nicht nachlassen. Mit dem Kampf für ein solches Verbot ist es jedoch nicht getan. Die Stärkung demokratischer zivilgesellschaftlicher Strukturen, die Förderung von Vielfalt und der konsequente Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind deshalb zentrale Aufgaben der Berliner Stadtpolitik.

Mit der neuen Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, die zurzeit erarbeitet wird,

soll engagiertes Handeln vor Ort noch besser als bisher unterstützt werden. Wir müssen allen den Rücken stärken, die sich ehrenamtlich für unsere Demokratie und ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt engagieren – in Initiativen, Sportvereinen oder durch couragiertes Handeln in der Nachbarschaft.

Die stetig wachsende Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten vor allem auch in Friedrichshain ist zutiefst beunruhigend

Eine große Herausforderung besteht darin, die Vielzahl und Vielfalt zivilgesellschaftlicher Akteure, Initiativen und Projekte, die es in Berlin gibt, im Rahmen einer integrierten Strategie zusammenzuführen

und möglichst große Synergieeffekte zu erzielen.

1,9 Mio. Euro – 700.000 Euro mehr als in 2007 – wird die rot-rote Koalition 2008 allein für das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus zur Verfügung stellen.

Parallel fördert die Bundesregierung im Rahmen des Programms »Jugend für Vielfalt« in Friedrichshain-Kreuzberg einen »Lokalen Aktionsplan«, den der Bezirk mit zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickelt hat. Langfristige Ziele sind die Etablierung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt bei allen Bürgerinnen und Bürgern sowie die Förderung von Demokratie und Toleranz. Dafür stehen jährlich 100.000 Euro für Projekte zur Verfügung.



Bernward Dörner: Die Deutschen und der Holocaust

Was wussten die Deutschen vom Holocaust? Was wollten, was konnten sie wissen? Waren sie, wie Daniel Goldhagen in seinem Bestseller behauptet, »Hitlers willige Vollstrecker« oder standen sie dem Geschehen gleichgültig gegenüber? Eine differenzierte, aber eindeutige Antwort gibt der Historiker Bernward Dörner mit seinem neuen Buch.

von Andreas Wandersleben

Der Autor, Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, hat in jahrelanger Forschungsarbeit bisher unbekannte oder nicht zugängliche Quellen ausgewertet. Sein Fazit: Spätestens im Sommer 1943 war der mörderische Charakter der NS-Judenverfolgung für jedermann offenkundig.

Im Sommer 1943 war der Mord an den Juden für die allermeisten Deutschen zur Tatsache geworden

Dörner greift in seinem umfangreichen Werk u. a. auf NS-Verwaltungsakten, Lageberichte, Strafverfahren, Ermittlungsakten von Polizei und Justiz, Behörden-Eingaben, Tagebücher, Zeitungsartikel und oppositionelle Schriften zurück. Sie gewähren Einblick in die subjektive Haltung der Bevölkerung und offenbaren eine beachtliche Kenntnis nicht nur von den Geschehnissen in Osteuropa, sondern auch vom ganzen Ausmaß des Verbrechens. Die Mordmaschinerie war am Anfang des

Krieges für große Teile der Bevölkerung noch unvorstellbar. Durch Berichte von Soldaten und Meldungen alliierter Rundfunksender, infolge von Zeitungsberichten und Verlautbarungen der Nazi-Propaganda selbst sickerte jedoch nach und nach mehr durch über die Wirklichkeit in den Konzentrationslagern.

Vielzahl von Belegen

Dörner dokumentiert das anhand einer Vielzahl von Belegen. Eine der interessantesten Quellen sind die Briefe des württembergischen Landesbischofs Wurm. So zitiert Dörner aus Wurms Schreiben vom Januar 1943 an das dortige Innenministerium: »Man erfährt durch Urlauber, was in den besetzten Gebieten an systematischer Ermordung von Juden und Polen geschieht. [...] Viele Volksgenossen empfinden solche Vorgänge nicht bloß als Not, sondern als Schuld, die sich bitter rächen kann.«

Nach seinem akribischen Quellenstudium kommt Dörner zu dem Schluss: »Im Spätsommer 1943 wurde in der deutschen Schattenöffentlichkeit breit und intensiv über den Judenmord diskutiert.«

Der Autor weist nach, dass das Wissen über den Genozid in der deutschen

Bevölkerung immer weitere Kreise zog und bei vielen auf Bedenken und sogar auf Ablehnung stieß. Diese Bedenken wurden nach der Niederlage in Stalingrad auch von Konservativen, Nationalsozialisten und ausgewiesenen Antisemiten geäußert.

»Ohne rassistische und antisemitische Feindbilder als Staatsideologie [...] wäre der Genozid unmöglich gewesen.«

Persönliche Schilderungen

Dass dennoch viele Zeitgenossen nach 1945 behaupteten, sie hätten nichts gewusst, könnte allenfalls mit Scham und Verdrängung erklärt werden. Dörner hat in seinem Buch eine Reihe von Aussagen zusammengetragen. U. a. gaben Rudolf Augstein, Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker an, keine Kenntnis von den Gräueltaten gehabt zu haben. Dagegen zitiert der Autor den früheren Herausgeber des Stern, Henri Nannen, wie folgt: »Wer Soldat im Osten war, dem konnten die Judenerschließungen, die Massengräber und beim Rückzug die ausgebuddelten und verbrannten Leichenberge nicht verborgen bleiben.« Hervor-

zuheben ist, dass selbst Regimegegner äußerten, dass sie den Nazis vieles zuge- traut hätten, doch eine systematische Vernichtung der Juden selbst über ihre Vorstellungskraft hinausgegangen sei.

NS-Propaganda

Neben vielen persönlichen Aussagen, Briefen und offiziellen Dokumenten analysiert Dörner insbesondere die NS-Propaganda. Auch hier wurde trotz der Geheimhaltungspolitik um den Genozid die Vernichtung der Juden immer offener angesprochen. »Aufgrund der seit Stalingrad nicht mehr zu leugnenden Möglichkeit eines Siegs der Alliierten entschloss sich die NS-Führung zur Flucht nach vorn. Die physische Vernichtung der Juden wurde in zunehmendem Maß als »reale Politik« vermittelt, wenn auch nicht in den Details geschildert«, schreibt Dörner.

Der Autor kommt zu dem Schluss: »Im Sommer 1943 war der Mord an den Juden für die allermeisten Deutschen zur Tatsache geworden. Zu offen, zu oft und zu deutlich propagierten die NS-Medien die Vernichtungspolitik des Regimes, als dass man hätte ahnungslos bleiben können. Zudem war der mörderische Charakter der antisemitischen Politik des Regimes

angesichts der sich 1943 verdichtenden Gerüchte über das grauenhafte Schicksal jüdischer Männer, Frauen und Kinder immer schwieriger zu bezweifeln.«

Grundlagenwerk

Warum aber konnten die Nazis so ungehindert morden? »Ohne rassistische und antisemitische Feindbilder als Staatsideologie, an die Millionen von Menschen glaubten – wie die zeitgenössischen Quellen zeigen –, wäre der Genozid unmöglich gewesen«, so die Schlussfolgerung Dörners.

Dörners Buch ist ein sehr empfehlenswertes Grundlagenwerk für alle Nachgeborenen, die schon immer ein Gefühl des Unbehagens angesichts der formulierten Ahnungslosigkeit beschlich.

Info:

Bernward Dörner ist Mitglied der 8. Abteilung – Luisenstadt – SPD Kreuzberg-Friedrichshain

Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte ist im August 2007 im Propyläen Verlag erschienen und umfasst 890 S.; ISBN-10: 3-549-07315-1; 29,90 Euro.

»Für Silvio«

Eine Ausstellung über die Geschichte einer Gedenktafel

von Ute Donner

Jeden Morgen, wenn ich die Treppe des U-Bahnhofes Samariterstraße hinaufstieg, fiel mein Blick auf eine Gedenktafel mit der Aufschrift »Hier wurde Silvio Meier am 21. November 1992 von Faschisten ermordet«.

Plötzlich, an einem Tag im Oktober 1998, war die Tafel weg. Irgendetwas musste geschehen ...

Tafeln und Bilder, die ich an der leeren Stelle anbrachte, waren jeden Morgen wieder verschwunden. Das ging eine Zeit lang so, bis Mario eines Tages da war, Posten bezog und wir beschlossen, zusammenzuarbeiten. Nach einer Anzeige

gegen Unbekannt und Vorsprache bei der Bezirksverordnetenversammlung ereigneten sich merkwürdige Dinge:

Die Tafel tauchte bei der BVG-Aufsicht des U-Bahnhofes wieder auf, obwohl man den Besitz dort immer bestritten hatte, und wurde am Vortag des 21. November 1998 wieder aufgehängt.

Sie hing nur 4 Tage und verschwand ein zweites Mal. Diesmal für immer, denn wie sich später herausstellte, wurde sie im Müllraum der BVG im U-Bahnhof Samariterstraße aufbewahrt und irgendwann von der BSR entsorgt.

Im Januar 1999 brachten Silvios Freunde eine neue Tafel an, die nur nach öffentlichen Protesten und Druck seitens des damaligen Wirtschaftsstadtrates Lorenz Postler (SPD), der mit Silvio Meier befreundet war, hängen bleiben durfte.

Nach der Modernisierung des U-Bahnhofes im Oktober 2005 war jedoch auch diese Tafel auf mysteriöse Weise verschwunden – zum dritten Male nun löste sich eine Tafel für Silvio quasi in Luft auf.

Wie wir erfuhren, hatte die für die Modernisierung des Bahnhofes verantwortliche Baufirma die Tafel in einem Bauwagen aufbewahrt und sie später an jemanden ausgehändigt, der sich fälschlicherweise als Silvios Freund ausgegeben hatte.

Diesmal sorgte die Baufirma für einen Ersatz. Der Entwurf dieser schönen Tafel stammte vom Silvio-Meier-Bündnis der Antifa. Sie wurde am 21. November 2005 angebracht und hing genau ein Jahr.

Die Gedenktafel wurde – nun zum vierten Male – am 21. November 2006 mit Gewalt aus der Wand gerissen. Wieder erstattete ich Anzeige gegen Unbekannt.

Seitdem hing an dieser Stelle eine Ersatztafel mit der Aufschrift »Silvio Meier unvergessen«, die man im Rahmen der Mahnwache 2006 angebracht hatte.

Die Antifa hat inzwischen eine neue Gedenktafel fertigen lassen, die seit November 2007 hängt – hoffentlich für immer!

Info:

Die Ausstellung von Ute Donner, die den Kampf um die Gedenktafel für Silvio Meier dokumentiert, kann noch bis zum 28. 02. 08 im Wahlkreisbüro von Canan Bayram, Samariterstr. 6, 10247 Berlin, besucht werden.

Öffnungszeiten: Montag und Donnerstag von 14.00 bis 16.00 Uhr. Weitere Informationen auch unter: www.palast-der-liebe.com

Kinder in der Gesellschaft stärken

Kinderrechte im Grundgesetz – Beschluss des SPD-Präsidiums

Kinder haben eigene Rechte. Sie haben den Anspruch, dass sie in unserem reichen Land hervorragende Bedingungen des Aufwachsens bekommen. Dazu gehören die Rechte auf Förderung, Bildung, Partizipation und kindgerechte Lebensverhältnisse.

Diese Überzeugung steht im Mittelpunkt einer sozialdemokratischen Kinder- und Familienpolitik. Unser Ziel ist, ein kindergerechtes Deutschland zu schaffen, in dem jedes Mädchen und jeder Junge seine eigenen Potenziale entwickeln und entfalten kann und dabei von Anfang an als eigenständige Person mit eigenen Rechten wahrgenommen wird. Wir wollen, dass Kinder eine stärkere Stellung in behördlichen und gerichtlichen Angelegenheiten erhalten.

Deshalb setzt sich die SPD für eine Klarstellung der Kinderrechte im Grundgesetz und damit eine Stärkung der Kinder in unserer Gesellschaft ein.

Dazu soll Artikel 6 Grundgesetz wie folgt geändert werden:

Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

»Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.«

Die bisherigen Absätze 2 bis 5 werden zu Absätzen 3 bis 6.

Begründung: Das Grundgesetz benennt die Kinder bisher nur im Rahmen der Elternrechte und nicht als selbstständige Träger eigener Grundrechte. Es enthält keine explizite Feststellung des Rechts eines jeden Kindes auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit und auf Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Auch fehlt eine ausdrückliche Normierung der staatlichen Schutzpflicht gegenüber Kindern.

Die Neuregelung verdeutlicht die Rechte der Kinder, wie sie sich aus anderen verfassungsrechtlichen Vorschriften nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ergeben, ohne die Elternrechte zu beschneiden.

Der neue Absatz 2 in Artikel 6 GG ist Artikel 25 Abs. 1 der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen wörtlich nachgebildet.

Mit der Aufnahme eines Rechts auf Entwicklung in Absatz 2 Satz 1 wird dabei der Prozess des »Person-Werdens« des Kindes, d. h. das allmähliche Hineinwachsen des Kindes in die Selbstbestimmungs- und Selbstverantwortungsfähigkeit, ausdrücklich in den Schutzbereich des Grundrechts einbezogen. Hieraus ergibt sich auch eine Stärkung des Rechts des Kindes auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

Mit dem neuen Absatz 2 Satz 2 wird zum einen die staatliche Schutzpflicht gegenüber Kindern, wie sie sich nach geltendem Recht aus Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 GG herleitet, ausdrücklich normiert. Im Übrigen enthält die Regelung einen objektiven Förderungs- und Ordnungsauftrag zugunsten von Kinderrechten an die staatliche Gemeinschaft, d. h. an alle staatlichen Entscheidungsträger in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung auf Bundes- und Landesebene.

Verbesserung des Schutzes von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung

Sieben-Punkte-Aktionsplan:

1. Passgenaue Hilfen für Eltern von Anfang an!
2. Starke Netze für Kinder und Eltern!
3. Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung ab Eins!
4. Handlungsfähige Jugendämter, verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger!
5. Ein verbindliches Einladungsverfahren für die Vorsorgeuntersuchungen!
6. Vorsorgeuntersuchungen verbessern!
7. Kinderrechte im Grundgesetz verankern!



Dokumentation von Ute Donner über das mehrfache Verschwinden der Gedenktafel Silvio Meiers, der 1992 von Neonazis im U-Bahnhof Samariterstr. ermordet wurde

Spreerraum – Schöne neue Welt

Eine Chance mit Risiken

von Volker Härtig

Ein Traum: Entlang der Spree, zwischen Eisenbrücke und Jannowitzbrücke, entsteht ein attraktiver Stadtraum mitten in der Metropole Berlin, gepflegte Grünflächen am Wasser, Spielplätze, Uferpromenade, Wassertaxis, Dampferanlegestelle, tolle Aussicht auf die Spree und die Wahrzeichen der Stadt wie Alex, East Side Gallery oder Oberbaumbrücke. Ein idealer Standort für gepflegtes Wohnen am Wasser, für Arbeitsstätten mit Spree-Adresse – kurz: Entsteht hier endlich die Schokoladenseite des Bezirks? Gelingt hier dank attraktiver Wohnlagen die sozialstrukturelle Stabilisierung des verarmten Kreuzberger Ostens?

Oder ein Albtraum? Eine jahrelang von großen Brachflächen und Tausenden von Parkplätzen umschlossene O2-Arena. Tösender Autoverkehr am Friedrichshainer Spreeufer, schmales Autobahn-Begleitgrün zwischen Spreeufer und Mauerresten entlang der Lärm- und Abgasquellen Mühlenstraße und Stralauer Allee. 0815-Hochhäuser beeinträchtigen das Stadtbild. Bürokomplexe versperren den Zugang zum Fluss an der Köpenicker Straße. Daneben auch hier Brachflächen mit Wasserlage ...

Kreuzberg und Friedrichshain an die Spree holen, eine schöne Aussicht? Oder Illusion, Schreckgespenst gar? Die Planungen rein kommerziell, schlecht und falsch, Anlass genug für ein Bürgerbegehren? Begründeter Bürgerwiderstand gegen drohenden Verkehrslärm und Investorenprojekte? Mediaspree-Marketing contra »Mediaspree versenken«. Von einem »Kampf ums Spreeufer« spricht der Tagesspiegel. Und im Bezirksamt fürchtet man allein schon die Kosten von 250.000 Euro, die ein Bürgerbegehren verursacht, egal wie es ausgeht.

Anders als in Städten wie Köln oder Düsseldorf, die einst Abermillionen dafür ausgaben, ihre Rheinufer zurückzugewinnen und mittels teurer Tunnelbauten vom

Autoverkehr zu befreien, um anschließend großzügige Promenaden und Freiflächen zu schaffen, scheint in Berlin auch im 19. Jahr nach dem Fall der Mauer kein Konsens – und kein Konzept? – zu bestehen, wie mit einem der attraktivsten Innenstadträume der ganzen Stadt umzugehen sei. An der Nahtstelle des neuen Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg.

Während die Entwicklung am Friedrichshainer Spreeufer, vor allem zwischen Oberbaumbrücke und Osthafen, seit der Jahrtausendwende viel zitierte Erfolge zeitigte – so die Ansiedlung von Unternehmen wie Universal und MTV in aufwändig sanierten alten Speichern und Hafengebäuden –, liegt das Kreuzberger Spreeufer zwischen Schilling- und Oberbaumbrücke scheinbar im Dornröschenschlaf. Verschlafen wurde der Investitionsboom in den 90ern, weil die Politik hier Industrieflächen sicherte, die niemand nutzen wollte. Außer als billige Lagerflächen für Firmen wie Zapf, in Uferlage eine »suboptimale« Nutzung.

Wachgeküsst werden sollte das Gebiet zwischen Spree und Wrangelstraße durch das Programm »Stadtumbau-West«, ein Gebiet, das auch die Gründerzeitblöcke entlang der Schlesischen Straße bis zur Lohmühleninsel umfasst, die dank der Ansiedlung vieler junger Unternehmen aus der Musik-, Medien- und Werbebranche in den letzten Jahren einen Schub erlebten. Ende 2005 stimmten Bezirk und Senat Maßnahmenprogramm und Fördervolumen ab. Der Spreeuferweg soll davon finanziert werden, die Restaurierung des Grobenufers, die Verbesserung der Verkehrssituation in der Köpenicker und Schlesischen Straße, Straßenbaupflanzungen, neue Grün- und Spielflächen. Nicht allein, um die Situation für die Anwohner zu verbessern, nein, um damit endlich private Investitionen in Büro- und Wohnungsbau auszulösen. Etwa auf der Lohmühleninsel, vielleicht künftig eine

Vorzeigeadresse in Berlin. Landeseigene und private Grundstückseigentümer spekulieren auf die lukrative Entwicklung von teuren Büro- und Dienstleistungsflächen, nun, da zu ihrem Glück und Vorteil die Industrieflächensicherung als planungspolitisches Ziel aufgegeben wurde. Letzteres verspricht Erlöse aus Grundstücksverkäufen von bis zu 1000 Euro pro qm, der Industrieflächenwert lag bei etwa 150 Euro. Doch Büro- und Dienstleistungsflächen stehen in Berlin zuhauf leer und sind zudem in einer Größenordnung von mehreren 100.000 qm auf Friedrichshainer Seite geplant (Anschutz-Areal, Postbahnhof). Dieses Überangebot führte zu jahrelangem Stillstand vor allem auf Kreuzberger Seite. Der Markt fragt nicht nach.

Begründeter Bürgerwiderstand gegen drohenden Verkehrslärm und Investorenprojekte?

Bezirk und Senat setzen auf Freiwilligkeit und Einvernehmen mit den Eigentümern. Eine Alternative wäre, anstelle der hier überwiegend geplanten Büroflächen eher attraktive – und immer gefragte – Eigentums- oder Mietwohnungen in Wasserlage zu bauen, um so schneller Investitionen anzustoßen und die Sozialstruktur und Kaufkraft auf Kreuzberger Seite zu verbessern. Vermarktete Wohnungspreise setzen jedoch niedrigere Grundstückspreise von nur 300 bis 400 Euro je qm voraus. Allein für die landeseigene BEHALA, stolze Besitzerin von über 40.000 qm am Kreuzberger Spreeufer, bedeutete dies, sich von Spekulationen auf Erlöse von ca. 20 bis 30 Mio. Euro zu verabschieden. Der Senat hat daher wenig Interesse. Private Eigentümer denken ähnlich.

Fragt sich nur, ob Kreuzberg weitere zehn Jahre auf die Entwicklung des Spreeufers und private Investitionen warten kann und will. Nicht abwarten, sondern sich wehren, will die Initiative »Media-

spree versenken«. Sie setzt sich vehement für Einzelinteressen ein wie die der am Ufer liegenden Clubs »Bar 25«, »Yaam« oder »Maria am Ufer« – allesamt Zwischennutzer mit »Perspektiven, bis der Investor kommt«, so ein Anwalt der Grundstückseigner. Autonome Projekte wie die Besetzung der »Köpi« oder der »Schwarze Kanal« unterstützen »Mediaspree versenken«.

Aber die Initiative verweist auch auf Interessen der Anwohner, für die die geplante Büroflächenarchitektur kaum Verbesserungen, der zunehmende Verkehr hingegen neue Belastungen bringen wird. Man befürchtete steigende Mieten und Verdrängungsprozesse, und kaum ein Kreuzberger oder Friedrichshainer werde sich eine der wenigen neuen Wohnungen mit Wasserblick leisten können.

»Konflikte brauchen Symbole wie der Stollen die Butter,« meinte ein Anwohner zum Streit um die Brommybrücke. Ihre geplante Wiederherstellung als neues Bindeglied zwischen den Bezirksteilen verspricht viel Bürgerwiderstand. Der grüne Bezirksbürgermeister Schulz befürwortet seit Jahren mehr oder weniger heimlich eine – 10 bis 15 Millionen Euro teure – »Autobrücke«, um EU-Fördermittel zu erhalten und Verkehr von den überlasteten Knoten an der Oberbaum- und der Schillingbrücke abzulenken.

Strömt dieser aber erst einmal in den Wrangelkiez, etwa in die Eisenbahnstraße, ist dort und am verkehrsberuhigten Lausitzer Platz »Schluss mit lustig«, wie Anwohner sagen, die sich in ihren Wohnstraßen seit Jahren um Entlastung bemühten. SPD und Grüne im Bezirk wollen daher nur eine rund 2 Millionen teure Brücke allein für Fußgänger und Radfahrer. Ganz schlaue Bezirkspolitiker forderten eine Brücke nur für Fußgänger, Radler und die BVG – und übersahen, dass diese Lösung zwar die höchsten Kosten verursachte, aber keine Aussicht auf Förder-

mittel hätte. Die Folge wäre: keine Brücke oder am Ende doch die Freigabe für Autos und LKW. Auf dieses politische Niveau verständigte sich in der Bezirksverordnetenversammlung sogar eine Mehrheit – auch in der SPD-Fraktion. Wasser auf die Mühlen der Aktivisten von »Mediaspree versenken«.

Die haben annähernd ihre Unterschriften zusammen und gute Chancen, einen Bürgerentscheid durchzusetzen. Zentrale Forderung: Neubauprojekte müssen 50 Meter Abstand vom Spreeufer haben und maximal 22 Meter Höhe. Damit wären viele Planungen und Investorenprojekte hinfällig und Schadensersatzforderungen der Grundstückseigentümer, denen der Bezirk bereits in großen Zügen Baurechte erteilt, beliefen sich auf etwa 50 bis 150 Millionen Euro, je nach Sicht der Dinge und Interessenlage.

Die »50-Meter-Forderung« ist so plakativ wie unrealistisch, aber sie trifft ins Schwarze. Investoren, Senat und Bezirk konnten jahrelang ungestört fragwürdige Planungen verfolgen. Das ist vorbei. Jetzt wird in öffentlichen Foren hinterfragt, wieso an der Spree weit mehr Büroflächen als Wohnungen gebaut werden, warum auf dem Anschutz-Gelände nur noch die O2-Halle entsteht, sonst aber vorerst (»Das könnte durchaus bis 2020 dauern«, so ein Anschutz-Sprecher) wohl nichts von dem, was Anschutz einst zusicherte und der Senat gern glaubte, um auf seinem Areal eilfertig über 10 Millionen Euro für Straßen, Kanäle und Laternen auszugeben.

Die Frage sei, wem die Spree gehöre, so ein Anwohner auf dem Kreativ-Forum, zu dem Bezirk und »Mediaspree«, die Vermarktungs-Gemeinschaft der Grundstückseigentümer an der Spree, eiligst einladen, um den Dialog zu suchen. Bemerkte wurde dabei giftig, dass »Mediaspree e.V.« 600.000 Euro öffentliche Fördermittel erhalte, aber einem Bürgerbegehren mit dem Kostenargument begegnet werde.



»Tartuffe« in Friedrichshain-Kreuzberg oder wie die Grünen den Molière geben

von Volker Härtig

Auf Liste 3 kandidierten die Grünen. Die wurden stärkste Partei in Friedrichshain-Kreuzberg, stellen nun den Bürgermeister und haben die Mehrheit im Bezirksamt – und machen seither dem Pharisäertum alle Ehre.

Bundesweite Aufmerksamkeit sicherte der heldenhafte Kampf gegen den ersten McDonald's in Kreuzberg. »Cheeseburger ante portas!«, so Christian Ströbeles Warnung vor einer Art Heile-Welt-Untergang. Wie ihm da die Herzen der Slow-Food-Gemeinde zuflogen! Nur – während Ströbele mutig kämpfte, schwieg Bürgermeister Schulz (Grüne) betreten darüber, dass McDonald's 4 Jahre zuvor bei ihm – dem damals zuständigen Stadtrat – vorstellig geworden war, um dem Bezirk das von der Post im Paket erworbene Grundstück wie Sauerbier zum Tausch anzubieten. Man wollte den Standort SO 36-Wrangelkiez nicht – und freut sich heute über gute Umsätze dank der Schüler des gegenüberliegenden OSZ-Handel sowie darüber, dass Schulz McDonald's seinerzeit die kalte Schulter zeigte. Auch als die Gefahr der kulturellen Überfremdung immer konkreter wurde und McDonald's bauen wollte, reagierte der grüne Baustadtrat Schulz nicht. Ein entsprechender Bebauungsplan hätte dem McDonald's-Drive-In schnell das Lichtlein ausgeblasen. Pustekuchen! Wieder tat man nichts. Umso lauter wurde dafür später agitiert. Bravo! So ein Politikstil scheint Spaß zu machen. Trotz Macht und Gestaltungsmehrheit im Bezirksamt tut man so, als sei der mühsam aufgestellte Bezirkshaushalt das Teufelswerk dunkler Mächte. Und stimmt im Bezirksparlament gegen den vom eigenen grünen Bürgermeister vorgelegten Haushalt, um dies postwendend als imposanten Akt gegen

die zu verkaufen, die den Bezirk »kaputt« sparen. Willkommen beim Gesellschaftsspiel Bezirkspolitik! Fast zur Perfektion entwickelt wird die pharisäerhafte Verlogenheit an der Spree. Als reiche es nicht, dass an Kreuzbergs Ufer an der Köpenicker Straße – 18 Jahre nach der Wende nur Brachen und Versprechungen – bisher kaum Büros oder Wohnungen entstanden, von versprochenen Grünanlagen oder Uferstegen ganz zu schweigen, durfte sich auch noch als Einziger ein 0815-Discountmarkt der Marke Plus in direkter Wasserlage niederlassen. Uferentwicklung vom Feinsten. Auch hier: Anstelle einer Planungspolitik und -praxis mit Niveau, die den Spreerraum für die Stadt zurückgewinnt, eine fast zynisch anmutende Genehmigungspraxis für Investoren, die an einem der wertvollsten Standorte im Bezirk nun wirklich niemand braucht.

Das dreisteste Gesellenstück lieferten die Grünen soeben mit der umstrittenen Brommybrücke ab. Erst arbeitete Baustadtrat Schulz Jahre daran, eine Brücke für den Autoverkehr mit fragwürdigen Studien zu begründen, dann knickte er auf einer Anwohnerversammlung im Mai 2007 ein. Schulz – unter Druck – schloss sich verbal Forderungen der SPD (und aus grünen Kreisen) nach einer reinen Fußgänger- und Radfahrerbrücke an, weil eine solche Brücke verhinderte, dass die Blechlawine benachbarte Wohnstraßen und den verkehrsberuhigten Lausitzer Platz überrollt, und gleichzeitig treibt er heimlich hinter den Kulissen weiter Förderanträge für eine Autobrücke voran.

Derweil trachteten die Grünen in der BVV danach, ihren Heiligenschein mit einem Schaufenster-Antrag aufzupolier-

ren, mit dem eine Brücke für den motorisierten Individualverkehr abgelehnt werden sollte.

Ein Jahr grüne Mehrheit im Bezirksamt, die Liste der Scheinheiligkeiten wird immer länger, die Inkompetenz krasser. Da ist es ratsam, ein gutes Gedächtnis zu entwickeln – zumindest bis 2011. Und sich bis dahin in X-hain kein »x« für ein grünes »u« vormachen zu lassen.

Kommentar

Vielleicht kommt die Initiative »Mediaspree versenken« Berlin noch weit teurer zu stehen. Die Bedeutung des Spreerraums verdient dies sogar. Der Stadt und ihren Bürger steht mehr zu als vereinzelte grüne Restflächen zwischen 6-spurigen Uferstraßen und Bürobauten oder schmale Radwege am Wasser. »Mediaspree versenken« ist schon jetzt das Verdienst nicht anzuspüren, dass endlich wieder die Frage nach den städtebaulichen Leitgedanken für den Spreerraum und die angrenzenden Quartiere aufgeworfen wurde. Zwischen Schillingbrücke und Eisenbrücke, Markgrafendamm, Ostbahnhof und Wrangelkiez gibt es noch viel Spielraum für attraktive und der Stadt, um allen dienende Entwicklungen – und in »Stadtumbau-«, »Urban-«- und Sanierungsförderstapfen stecken viele Millionen, die für das Aufleben benachteiligter Quartiere genutzt werden können. Letzteres, die Ressourcen, sind auch ein Verdienst engagierter sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik. Der mitunter kleinkarierte und missliche Umgang mit den eigenen Möglichkeiten dagegen weniger.

Daten & Fakten:

Vorerst 75 Millionen Euro wird das Programm Stadtumbau-West Land und Bund kosten, fünf Gebiete, in unserem Bezirk der Kreuzberger Spreerraum, wurden ausgewählt.

- 100 ha, das sind 1 Mio. qm, ist das Kreuzberger Stadtumbaugebiet zwischen Spree, Wrangelstraße, Schillingbrücke und Lohmühleninsel groß.
- 130.000 qm sind »Umstrukturierungsflächen«, auf denen u. a. mehrere Hundert Wohnungen und Stadthäuser am Wasser entstehen können. Kreuzbergs Schulen und Kitas könnten die dort einziehenden Kinder gut vertragen.
- Über 8700 Einwohner leben hier, der Ufersaum zur Spree und zum Landwehrkanal hat eine Länge von 2 km.
- Während entlang der Köpenicker Straße und auf der »Lohmühle« große Brachen oder fehlgenutzte Flächen der Entwicklung harren, finden sich an der Pfuelstraße oder der Schlesischen Straße klassische Gewerbehöfe mit einer Kreuzberger Mischung aus kleinen und großen, alten und jungen Produktions- und Dienstleistungsbetrieben.
- Dem chronischen Gründefizit in »SO 36« soll mit 1,5 km Uferpromenade – teils auf Stegen über der Spree vor den Gebäuden am Wasser – und neuen oder besser gepflegten Grünanlagen begegnet werden. »Die Stadt zum Wasser drehen« lautet ein Leitbild des Stadtumbau-Konzepts.
- Architekten und Projektentwickler schlugen 2002 vor, eine neue Brommybrücke als überbaute »living bridge« zu bauen. Orientiert etwa an der Ponte Vecchio in Florenz, sollte entlang der Verkehrsflächen mit Blick auf das Wasser gewohnt oder in Büros gearbeitet werden. Es gab Angebote, die Baukosten zu finanzieren, falls 5 Jahre lang Werbeflächen am Ufer genehmigt würden.
- 21 Unternehmen mit Grundstücken an der Spree oder in ihrer Nähe sind Mitglieder von »Mediaspree e.V.« Ihr Ziel: Standort-Vermarktung. Aufgabe war aber auch Bürgerbeteiligung. Dafür gab es öffentliche Mittel.
- 50 Mio. Euro wurden in das Energieforum an der Mühlenstraße investiert, dabei entstanden 18.000 qm Bürofläche für 165 Arbeitsplätze.
- 32 Ausbildungsplätze hat Toyota in seinem 2007 eröffneten Autohaus an der Oberbaumbrücke geschaffen.
- 165 Mio. Euro kostet der Bau der 65.000 qm Bruttogeschosfläche großen und für bis zu 18.000 Zuschauer ausgelegten O2-Arena. Das gesamte Anschutz-Areal ist 21 ha groß.
- 12 Mio. Euro wurden in das Radialsystem investiert, 22 Mio. Euro in das IBIS-Hotel an der Schillingbrücke mit 242 Zimmern und 3000 qm Büro- und Wohnfläche.

Ein neues Sanierungsgebiet soll in Friedrichshain-Kreuzberg ausgewiesen werden, damit verbunden sind Fördermittel in Millionenhöhe. In Betracht gezogen wird neben konkurrierenden Quartieren am Mehringdamm/Großbeerenstraße, Mehringplatz, Rigauer Straße/Petersburger Platz auch ein Gebiet zwischen Spree, Bahntrassen, Ostkreuz, Markgrafendamm und Narwa-City.